Arbeiter-Stimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internatio[illegible]hsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches F[illegible] Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur werktags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 3. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,30 RM (zuzüglich Zustellgebühr), durch die Post 2,50 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH., Dresden-A. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 3. Fernruf: 17 259. Postscheckkonto: Dresden 15 690.

Verantwortlich für Lokal[illegible] Politik mit Ausnahme der Auslandsseite, Provinz[illegible] und Arbeiterkultur: Gerhard Grabe, Dresden; für [illegible], Berlin; für Feuilleton und Reportage: Otto Wilde, Berlin; für Sport: Fritz Rücher, Dresden; für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A.

8. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 13. Januar 1932 — Nummer 10

Kampfgelöbnis der Tausende
Bericht über den Verlauf der LLL-Kundgebung
Siehe 1. Seite Beilage

Ernst Thälmann roter Kandidat der deutschen Arbeiterklasse

Beschluß des Zentralkomitees der KPD zu den Präsidentschaftswahlen

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands hat zur Frage der Präsidentschaftswahlen Stellung genommen. Die Kommunistische Partei Deutschlands, als die einzige politische Klassenvertretung des deutschen Proletariats, wird durch die Aufstellung eines eigenen Kandidaten und die aktivste Mobilisierung der ausgebeuteten Volksmassen selbständig am Wahlkampf teilnehmen. Die Kommunistische Partei betrachtet die Präsidentschaftswahlen, wie alle anderen öffentlichen Wahlen und Volksabstimmungen, nicht als parlamentarische, sondern als außerparlamentarische Aufgabe, als einen Bestandteil

des Kampfes von Klasse gegen Klasse

Sie ist sich vollkommen der Tatsache bewußt, daß es ihr nicht möglich ist, unter der Herrschaft des Kapitalismus die Mehrheit der abgegebenen Stimmen nach den „Spielregeln" der bürgerlichen Verfassung auf ihren Kandidaten zu vereinigen.

Die Kommunistische Partei benutzt vielmehr die Präsidentschaftswahlen, um die Millionenmassen der Arbeiterschaft auf Grund ihrer Tageskämpfe für die bolschewistischen Ziele aufzurütteln, um die Einheitsfront des Proletariats, als Führer aller Werktätigen, zu erweitern und zu festigen, um die Parteien der sich faschisierenden, bürgerlichen Diktatur und ihre zuverlässige Stütze, die Sozialdemokratie, als die Todfeinde der gesamten Arbeiterklasse zu entlarven und zu bekämpfen.

Angesichts der Bestrebungen, für die Kandidatur des gegenwärtigen Präsidenten Hindenburg in ganz Deutschland alle Agenten des in- und ausländischen Finanzkapitals, von den Nationalsozialisten, über die Brüningschen Regierungsparteien, bis zur Sozialdemokratie, zu einem reaktionären Block zu vereinigen, gewinnt die Aufstellung einer kommunistischen Arbeiterkandidatur, einer

Klassenkandidatur des Proletariats gegen alle seine Ausbeuter und Unterdrücker

besonders große Bedeutung.

Das Zentralkomitee hat den Beschluß gefaßt, den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands, den Genossen Ernst Thälmann, als roten Arbeiterkandidaten für die Präsidentschaftswahlen aufzustellen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands führt

den Wahlkampf als außerparlamentarische Massenaktion

gestützt auf alle Klassenorganisationen und Einheitsfrontorgane des Proletariats, unter folgenden Losungen:

1. **Klasse gegen Klasse!**
2. **Rote Einheitsfront – gegen die gesamte Reaktion von Severing bis Hitler!**
3. **Für den roten Arbeiterkandidaten – gegen den Kandidaten des Kapitals, der Faschisten und der Sozialdemokratie!**
4. **Für den Kandidaten der sozialen und nationalen Befreiung – gegen den Kandidaten der Tribute und Reparationen!**
5. **Für den Kandidaten der Armen – gegen den Kandidaten der Reichen!**
6. **Für Brot und Freiheit – gegen Not und Knechtschaft!**
7. **Für ein freies sozialistisches Deutschland im Bündnis mit der Sowjetunion und dem Weltproletariat – gegen den bankrotten Kapitalismus!**

Die Kommunistische Partei Deutschlands ruft die gesamte Arbeiterklasse, alle Ausgebeuteten in Stadt und Land auf, überall unter diesen Losungen den Kampf aufzunehmen, Zehntausende von roten Wahlhelfern zu stellen, in den Betrieben und an den Stempelstellen rote Einheitsausschüsse zu bilden und ihre Stimme dem roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann zu geben.

Berlin, den 12. Januar 1932

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Der vorstehende Beschluß des Zentralkomitees unserer Partei wird den stärksten Widerhall im ganzen deutschen Proletariat und eine Welle des begeisterten Kampfwillens unter Millionen revolutionären Arbeitern auslösen.

Die Bedeutung dieses Beschlusses besteht darin, daß die Kommunistische Partei — wie in allen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen für die Lebensinteressen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen — mit ihrer selbständigen proletarischen Klassenpolitik auch bei den Präsidentschaftswahlen auftritt.

Die deutschen Arbeiter, die werktätigen ausgebeuteten Schichten konnten in den letzten Tagen erleben, wie die Wels und Leipart gleichermaßen wie die Hugenberg und Hitler auf Brünings Einladung versicherten, daß sie mit Herz und Hand für den Marschallpräsidenten Hindenburg einstehen. Der reaktionäre Block der neuen faschistischen „Volksgemeinschaft" hebt Hindenburg auf den Schild. Hindenburg, der Unterzeichner aller Notverordnungen, der Unterzeichner des Youngplans ist ebenso der Kandidat der sozialdemokratischen Führerschaft, wie der Naziführer, Brünings, Groeners und der Leute vom Reichsverband der deutschen Industrie.

Die sozialdemokratischen Führer haben in die Hindenburgfront nicht erst einschwenken brauchen, sie standen und stehen als Hauptstütze in der Notverordnungsfront der Brüning-Hindenburg. Sie standen und stehen zur Sache ihrer Klasse, die gegen das Proletariat und die gewaltige Mehrheit der Volksmassen mit drakonischen Methoden regiert. Sie folgen den Befehlen jener Klasse, deren Politik auch Hugenberg-Hitler skrupellos durchführten. Alle vielleicht noch kommenden Manöver der einzelnen Parteien der faschistischen „Volksgemeinschaft" ändern nichts an der Klassenposition für die Bourgeoisie, die die Sozialdemokratie in den letzten Tagen offen enthüllt haben.

Das Zentralkomitee unserer Partei hat beschlossen, den Genossen Ernst Thälmann als kommunistischen Arbeiterkandidaten gegen Hindenburg und alle anderen Kandidaten der bürgerlichen Front aufzustellen.

Thälmann gegen Hindenburg — in diesen beiden Namen drückt sich die Frontstellung Klasse gegen Klasse aus.

In diesen Namen marschiert die Front der Arbeiterklasse als revolutionäre Führerin aller mit ihr verbündeten Werktätigen gegen die Front der kapitalistischen Diktatur von Wels bis Hitler.

Sie sind der Ausdruck des unversöhnlichen Kampfes zwischen den Lebensinteressen des leidenden, ausgebeuteten, unterdrückten Volkes, der Mehrheit der Volksmassen, auf der einen — und den Herrschaftsinteressen einer Minderheit, der Kapitalistenklasse, auf der anderen Seite.

Diese Namen sind nicht nur eine Demonstration: der Kandidat der revolutionären Arbeiter gegen den Repräsentanten des herrschenden kapitalistischen Systems, sondern ein Kampfruf zur außerparlamentarischen Mobilmachung der proletarischen Millionen und aller Werktätigen für Brot und Freiheit, gegen Not und Knechtschaft.

Sie verkünden, daß die Kommunistische Partei als führende Kraft der roten Einheitsfront die Fahne des kommenden freien sozialistischen Deutschlands gegen die Front der Notverordnung, der Youngpolitik, der faschistischen Entrechtung, gegen die ganze kapitalistische Diktatur entfaltet hat.

Die Einleitung der Massenmobilmachung zu den Präsidentschaftswahlen steht im Zeichen der Fortsetzung unserer roten Einheitsfrontpolitik, wie sie der Einheitsappell des Zentralkomitees unserer Partei an die Arbeiter der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und des Reichsbanners entwickelte.

Sozialdemokratische Arbeiter, her zu uns in die rote Einheitsfront des Kampfes gegen Lohnabbau und faschistischen Terror, her zu uns im brüderlichen Bündnis in allen Tageskämpfen, her zu uns zur gegenseitigen Hilfe gegen jeden Angriff des Klassenfeindes — das heißt jetzt auch bei den Präsidentschaftswahlen:

Her zur Front des roten Kandidaten der deutschen Arbeiterklasse, Ernst Thälmann! Kampferklärung gegen die Hindenburgsche Notverordnungsfront von

Zu den Betriebsrätekonferenzen

am 17. Januar — Ihre Bedeutung für die Stärkung der roten Einheitsfront

Am Sonntag, dem 17. Januar, finden in den sächsischen Unterbezirken Konferenzen der Betriebsräte statt, die Stellung nehmen zu den Kampfmaßnahmen der Arbeiter und Angestellten gegen die ungeheuerlichen Unternehmerangriffe auf die Lebenshaltung der Massen. Ein Empörungssturm ist in allen Betrieben und Büros über den Lohn- und Gehaltsabbau. Streiks entflammen und die Ausbeuter werden durch die wuchtigen Schläge der geschlossenen Arbeiterfront gezwungen, den diktierten Lohnraub rückgängig zu machen. Im **Betrieb Jahn in Leipzig** wird durch die einheitliche Kampffront, durch den Streikbeschluß die Direktion gezwungen, die geplanten Akkordrobusierungen rückgängig zu machen. In **Limbach**, bei der **Firma Scherschmidt** beschließt die Belegschaft einmütig den Streik gegen die freche Ankündigung der Direktion auf einen Lohnraub von 27 Prozent. Der rote Betriebsrat fordert, sich stützend auf diesen Streikbeschluß, Zurücknahme des angekündigten Lohnabbaues, und der Kapitalist — kriecht zu Kreuze; vor der geschlossenen Einheitsfront der Belegschaft weicht er zurück. Diese wenigen Beispiele glänzender Erfolge proletarischer Einheitsfront sind nur ein Teil der glänzenden Aktionen in vielen Betrieben, die immer noch zunehmen. Sie zeigen aber auch, daß Brüning die ungeheure Kraft der proletarischen Einheitsfront unter der kühnen Führung der KPD und der RGO sehr richtig einschätzte, als er auf der letzten Reichskonferenz des Zentrums noch feststellen konnte: durch seine Politik des schrittweisen Abbaues der Löhne und Gehälter und der sukzessiven Verschärfung der faschistischen Diktatur habe er die Einheitsfront des Proletariats verhindert, somit die größte Gefahr für die Herrschaft der Ausbeuter beseitigt.

7 Milliarden sollen den Lohn- und Gehaltsempfängern durch die Notverordnungspolitik abgepreßt worden. 7 Milliarden sagen schmunzelnd die „Leipziger Neuesten Nachrichten", das Scharfmacherblatt, werden an Lohn, Gehalt und Sozialunterstützung gespart, werden in die Taschen der verbrecherischen Kapitalisten fließen, wenn der Raubzug **Wirklichkeit** wird. Die Stiefelputzer der Bourgeoisie, die SPD- und Gewerkschaftsführer, haben alle Hände voll zu tun, um die empörten Arbeiter vom Kampf abzuhalten. Ihre **Streikbrecherrolle** ist gerade in den letzten Wochen Hunderttausenden von Arbeiterinnen und Arbeitern klar geworden, die ihnen bisher folgten. Einer der berüchtigsten reformistischen Säulen in den sächsischen Großbetrieben, der Betriebsratsvorsitzende **Teuber** von Seidel & Naumann, Dresden, wurde von seinen eigenen Parteigenossen und Gewerkschaftsfunktionären beschuldigt, daß er ihnen, die als Kurzarbeiter mit wenigen Lohnpfennigen hungern müssen, „Ruhe" empfiehlt, während er selbst seinen vollen Lohn hat und dazu sich jede Sitzung im DMV bezahlen läßt und nebenbei noch einen Handel mit Schreibmaschinen betreibt. Diese korrumpierten Elemente verlieren ihren Anhang in raschem Tempo. Das Klassenbewußtsein, die Kampfbereitschaft der Massen steigert sich, das Vertrauen zur KPD und RGO wächst in dem Maße, als die roten Betriebsräte die Führer der Belegschaft im Kampf gegen die Unternehmerangriffe sind.

Die Nazidemagogen, denen es bisher nicht gelang, in den Betrieben nennenswerten Einfluß zu gewinnen, versuchen jetzt, die Arbeiter für sich zu gewinnen, für das 3. Reich der Großbourgeoisie, in dem jeder Streikende erschossen werden soll. Auf der Chemnitzer Gauarbeiterenz der NSBO (Nationalsozialistische Betriebsobleute) am 22. November 1931 forderte der Referent:

„Erste Pflicht der nationalsozialistischen Arbeitgeber ist unbedingt die Beschäftigung der erwerbslosen Parteigenossen und die Ausschaltung der marxistischen Arbeitnehmer . . ."

Diese Richtlinien werden von den größten Scharfmachern, den Nazikapitalisten befolgt. Das genügt aber nicht für die Eroberung der Betriebe durch die Nazis. Deshalb verkündet der „Freiheitskampf", das Mutschmannblatt, vom 29. Januar 1931: Die Nazis sind unter dem heutigen System „für den Streik". **Aber schon wenige Tage später** schreit das Blatt, ebenso wie die SPD- und die bürgerliche Presse über **„verbrecherische Streikhetzer an der Ruhr"** und beweist, daß ihm die Profite der Kohlenbarone heilig sind, während der Existenzkampf der Ruhrkumpels infam begeifert wird.

Die Betriebsbelegschaften zerreißen bereits die lähmenden reformistischen Fesseln in den Betrieben. Durch Streiks, passive Resistenz und andere Kampfformen betrieblicher Art werden die Angriffe der Kapitalisten zurückgeschlagen. In den letzten Wochen sind große Erfahrungen von den Arbeitern im Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre sozial- und nationalfaschistischen Unternehmerknechte gesammelt. Die Betriebsräte haben die Aufgabe, diese Kampferfahrungen zu beraten, die **veränderten** Bedingungen des Kampfes zu untersuchen, um an der Herstellung der Einheitsfront erfolgreich weiterzuarbeiten.

Die sächsischen Betriebsrätekonferenzen stehen deshalb im Zeichen der **Festigung der roten Einheitsfront des Proletariats**, der festeren Verbindung der Betriebe im Unterbezirksmaßstab, der Steigerung der revolutionären Kampfkraft gegen Lohnraub und Faschismus. In den wichtigsten Orten Sachsens werden **revolutionäre Betriebsräteausschüsse** geschaffen, die die Betriebsrätebewegung führen, sie in allen gewerkschaftlichen und arbeitsrechtlichen Fragen schulen, um das Niveau der revolutionären Betriebsbewegung zu heben.

Die Versuche der Reformisten, durch Amtsdauerverlängerung der Betriebsräte ihre Positionen im Betrieb zu sichern, ihre Streikbrechertätigkeit im Dienste der Unternehmer weiter auszuüben, hat helle Empörung in allen Betrieben ausgelöst. Brüning hat durch seine Notverordnung den Willen der ADGB-Führer durchgeführt, die bekanntlich den Antrag des Bergbauindustrieverbandes auf Verlängerung der Betriebsrätewahlen bauer als „Material" entgegennahmen. Die Antwort der Proleten im Betrieb, deren Rechte durch die Reformisten immer mehr mit Füßen getreten werden, ist ein **Proteststurm** und die stürmische Forderung nach **Neuwahl**. „Hinweg mit Verrätern und feigen Elementen", dieser Kampfruf der Arbeiter wird in immer stärkerem Maße im Betrieb erhoben. Er bringt zum Ausdruck die Erkenntnis der Betriebsbelegschaften, daß ein erfolgreicher Kampf gegen die kapitalistische Offensive nur unter Führung der KPD und RGO möglich ist.

In einer Reihe von Betrieben ist noch **keine Betriebsvertretung.** Aus irgendwelchen Schwächen sind Betriebsrätewahlen unterblieben. Die Aktivität der Belegschaften wächst, und die Aufgabe der RGO ist es, dort Sorge zu tragen für die Wahl eines roten Betriebsrates. Die erforderlichen Maßnahmen zur **Durchführung dieser Betriebsrätewahlkampagne** gilt es sofort in Angriff zu nehmen. Alle agitatorischen und organisatorischen Aufgaben werden in den Parteizellen, RGO-Gruppen und Ortskomitees bereits in Angriff genommen.

Die Bedeutung der Unterbezirksbetriebsrätekonferenzen ergibt sich aus den hier aufgezeigten Aufgaben. Die örtlichen Parteieinheiten, die Zellen und roten Betriebsräte müssen die wenigen Tage bis zum 17. Januar ausnutzen, um **alle klassenbewußten Betriebs- und Arbeiterräte, ganz gleich welcher politischen Richtung, zur Teilnahme und Mitarbeit an der Herstellung der roten Einheitsfront gegen Lohnabbau und faschistische Notverordnungsdiktatur aufzufordern.**

Streiks und Kampferfolge in Sachsen

Thermesol-Radebeul beschließt passive Resistenz

Dresden, 13. Januar.

Eine gestern stattgefundene Belegschaftsversammlung der Gummi- und Asbestwerke Thermesol in Radebeul beschloß gegen nur zwei Stimmen ab heute früh passive Resistenz gegen einen 14prozentigen Lohnabbau. Der Lohnabbau beträgt in der Spitze 6,50 Mark pro Woche, wozu noch die Wochenrate der Bürgersteuer in Höhe von 1,50 Mark tritt.

Chape muß Kündigung zurücknehmen

Durch Druck der Käufer erzwungen

Vor einiger Zeit wurden in der Chape-Filiale Dresden-N, Alaunstraße, vier Angestellte gekündigt. Darauf setzte sofort ein Proteststurm der werktätigen Käufer unter Führung der RGO und die Direktion sah sich gezwungen, die Kündigung zurückzunehmen. Den Angestellten wurden neue Verträge vorgelegt, die monatliche Kündigung und tagweise Beschäftigung vorsehen. So antwortet die Direktion auf die Forderungen der „Chape"-Angestellten und Käufer. **Nach dem ersten Erfolg** müssen die Käufer und Angestellten **für die Beseitigung dieser Schandverträge kämpfen.**

Ueber die Lage der Angestellten in den Warenhäusern und besonders in der „Chape", berichten wir morgen ausführlich.

Lohnabbau durch Streik abgewehrt

Leipzig, 13. Januar. (Eig. Bericht.)

Gestern mittag trat die **Belegschaft des Metallbetriebes Unruh & Liebig** gegen den beabsichtigten Lohnabbau geschlossen in den Streik. Sozialdemokratische Arbeiter kämpften Schulter an Schulter mit ihren kommunistischen und parteilosen Kollegen. Durch die Geschlossenheit der Belegschaft wurde der Unternehmer gezwungen, den Lohnabbau rückgängig zu machen. Daraufhin nahm die Belegschaft heute vormittag die Arbeit geschlossen wieder auf. Die Gewerkschaftsbürokratie lehnte ab, die Lehrlinge ebenfalls in die Streikfront einzubeziehen und zwang sie somit zum Streikbruch. Die Lehrlinge übten daraufhin im Betriebe passive Resistenz.

Streik der Tiefdrucker in Leipzig

Leipzig, 13. Januar.

Seit gestern mittag streiken die Tiefdrucker der Deutschen Migroni-Werke und der Firma Brandstetter. Bei der Firma Migroni traten die Arbeiter in den Streik, weil eine geforderte Lohnerhöhung **nicht bewilligt wurde.** Die Firma Brandstetter übernahm darauf die Arbeiten der Migroni-Werke, worauf die Tiefdrucker der Firma Brandstetter aus Solidarität den Streik aufnahmen.

Da zu vermuten ist, daß die Firma Brandstetter ihre Aufträge nach Berlin vergibt, ersuchen die streikenden Tiefdrucker ihre Berufskollegen überall um Solidarität.

Erfolgreiche Streiks am Rhein

Düsseldorf, 12. Januar.

Die Arbeiter des Betriebes Hülecke in Hohenlimburg haben den Lohnabbauversuch des Unternehmers abgewehrt. Angesichts des einmütigen Streikwillens mußte der Unternehmer sich verpflichten, die alten Löhne weiter zu zahlen. Im Betrieb Willstein hatten die Kollegen beschlossen, am 11. Januar in den Streik treten. Daraufhin verpflichtete sich der Unternehmer, bei den Tagelöhnern **keinen Pfennig Lohnabbau** und bei den Akkordlöhnern statt eines zehnprozentigen einen fünfprozentigen Lohnabbau vorzunehmen. Angesichts dieses Teilerfolges wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Im Betrieb Schüwer-Meyer, Letmathe, mußte sich der Unternehmer ebenfalls verpflichten, **keinen Lohnabbau vorzunehmen.**

Kampfbeschluß führt zum Erfolg

Halle, 12. Januar.

Eine Belegschaftsversammlung der Brikettfabrik Wählitz beschloß einmütig den Kampf gegen jeden Versuch Lohnabbau. Unter dem Eindruck des starken Kampfwillens der Belegschaft erklärte die Generaldirektion, daß der bestehende Lohntarif bis zum 1. Februar 1932 bestehen bleibe.

Streik schafft Arbeitsdienstpflicht ab

Königsberg, 12. Januar. (Eig. Ber.)

In Altenstein (Ostpreußen) hatte der Magistrat sämtliche Jungarbeiter die Arbeitsdienstpflicht, die dem Zweck dient, Streikbruchkolonnen gegen die Betriebsarbeiter zu schaffen, eingeführt. Diese militärische Zwangsarbeit, die darum das Hauptziel der Hakenkreuzler ist, stieß auf den energischen Widerstand der Jungproleten, die in den Streik traten. Nach mehreren Tagen geschlossenen Kampfes der christlichen, sozialdemokratischen und kommunistischen Jungarbeiter, hat der **Magistrat kapituliert und die Arbeitsdienstpflicht aufgehoben.**"

Um die Hindenburg-Kandidatur

Hindenburg verlangt „überparteilichen" Ausschuß für seine Wiederwahl

Hindenburg hat gestern dem Reichskanzler Dr. Brüning mitgeteilt, daß er keine weiteren amtlichen Bemühungen für seine Kandidatur wünsche, sondern daß die Frage seiner Kandidatur einem „überparteilichem" Ausschuß übertragen werden solle. Als Vorsitzender dieses Ausschusses wird bereits der früherer Reichswehrminister Dr. Geßler genannt.

Nach Hugenberg hat nunmehr auch Hitler in einem Schreiben an Brüning mit „verfassungsrechtlichen" Bedenken die Verlängerung von Hindenburgs Amtsdauer durch den Reichstag abgelehnt.

Die SPD ist über den Ausgang des Präsidentschaftsschachers ziemlich betrübt, weil den SPD-Führern zweifellos eine Wiederwahl im Reichstag gelegener gewesen wäre. Aber der gestrige Vorwärts gibt bereits zu verstehen, daß auch die SPD **nichts dagegen einzuwenden habe, wenn Hindenburg als gemeinsamer Kandidat aller Parteien gegen den kommunistischen Kandidaten Thälmann im Stimmzettel-Wahlkampf aufgestellt werden**

Brüning-Regierung auf dem Wege der Unterwerfung

„Die Stunde der Repressalien schlägt"

Die französische Regierung hat die Erklärung Brünings zur Reparationsfrage **mit der offenen Ankündigung von Repressalien beantwortet.** Daraufhin sieht sich die Brüningregierung veranlaßt, schon jetzt den Rückzug anzutreten. Die Telegraphenunion verbreitet eine Mitteilung „von zuständiger Stelle", in der es heißt, daß „es sich bei dem Interview des Reichskanzlers über die Tribute nicht um eine Aufkündigung der Verträge im Sinne der Zerreißung des Youngplans handelt, sondern um eine Aeußerung (wie sie ja auch der französische Ministerpräsident Laval gemacht hat), welche **Stellung die deutsche Reichsregierung auf der Lausanner Tagung zu der Frage der Tribute einzunehmen gedenke.**"

SPD verhindert Reichstagseinberufung

Nazis und SPD stützen die Brüningpolitik mit verteilten Rollen

Der Aeltestenrat des Reichstages beschäftigte sich am Dienstag mit dem Antrag der kommunistischen Fraktion auf Einberufung des Reichstages, der eingebracht war, um zu dem kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen vom 1. und 8. Dezember, zu einer finanz- und wirtschaftspolitischen Aussprache und zu einer außenpolitischen Debatte Stellung zu nehmen. Genosse Torgler begründete den Antrag, indem er darauf hinwies, daß sich inzwischen die ungeheuren Auswirkungen der Notverordnung vom 8. Dezember in Gestalt des 10- bis 15prozentigen Lohn- und Gehaltsabbaues, des Abbaues der sozialen Einrichtungen und den übrigen die Massen in der schwersten Weise belastenden Maßnahmen gezeigt haben. Der kommunistische Antrag auf Aufhebung dieser Notverordnung entspreche also den Lebensinteressen der werktätigen Massen.

Nachdem die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion erklärt hatten, daß für sie mit Rücksicht auf die außenpolitischen Verhandlungen keine Veranlassung zur vorzeitigen Einberufung des Reichstages bestünde, wurde der kommunistische Antrag auf Reichstagseinberufung abgelehnt. Außer den Kommunisten stimmten nur noch die Vertreter der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen für die Einberufung, nachdem diese Demagogen sich vergewissert hatten, daß eine Mehrheit gegen den kommunistischen Antrag vorhanden war.

SAP-Ortsgruppe zur KPD übergetreten

Vallendar, 10 Januar.

In der öffentlichen Versammlung in Vallendar am 5. Januar trat die Ortsgruppe Koblenz der Sozialistischen Arbeiterpartei bis auf zwei Mitglieder der Kommunistischen Partei bei. Diesem Uebertritt schloß sich auch der Leiter des gesamten Unterbezirks der SAP und mit ihm gleichfalls eine Funktionärin der SPD mit einer ganzen Anzahl Genossen an.

Nazirauborüberfall auf Geschäftsfrau

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat sich in Andberg ein ungeheuerlicher Vorfall abgespielt. Zwei bekannte Nationalsozialisten Richter und Zschernig sollen eine hiesige jüdische Geschäftsfrau überfallen haben, da sie bei ihr das Geld aus der Ladenkasse vermuteten. Jetzt versucht die Führung der NSDAP von den beiden abzurücken und hat bis zur Klärung Falles R. ausgeschlossen und Z. das Betreten des Stützpunktes verboten. Beide behaupten jedoch, daß dieser Ueberfall im Einverständnis mit der Führung erfolgt sei. Lediglich dem Umstand, daß Hausbewohner der Ueberfallenen zu Hilfe eilten, ist es zu verdanken, daß der Anschlag mißglückte.

Hochverratsprozeß gegen Gen. Florin

Der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Florin, der Führer der Kommunistischen Partei des Ruhrgebiets, steht am 15. Januar vor dem Leipziger Reichsgericht unter der Anklage des „versuchten Verbrechens der Vorbereitung zum Hochverrat". Die Anklage stützt sich auf einige Flugblätter, ferner auf einen Artikel in dem Funktionär-Blatt der KPD „Pionier des Bolschewismus". Man wirft dem Genossen Florin Zersetzung der Reichswehr vor.

Streikende Seeleute in Danzig verhaftet

Die Besatzung des Dampfers „Nordsee", die im Danziger Hafen streikt, ist verhaftet worden. Einige erwerbslose Danziger Seeleute wurden ebenfalls verhaftet.

Freiberger Arbeiter gegen Negerprozeß

In einer von der Roten Hilfe in Freiberg durchgeführten Massenversammlung wurde nachstehende Resolution genommen:

„Die am 4. 1. 32 in Freiberg im Schwarzen Roß versammelten Arbeiter, Angestellten und Gewerbetreibenden haben von dem bevorstehenden **Prozeß gegen acht Negerkinder in Scottsboro** Kenntnis erhalten. Mit Entrüstung wird die [illegible] Massenverhetzung durch die Dollar-Bourgeoisie entlarvt.

Die Versammelten verlangen die sofortige Freilassung der acht Negerkinder und geloben mit allen Kräften, gemeinsam mit der KP und den übrigen revolutionären Organisationen für die Freilassung aller auch in Deutschland inhaftierten 6000 politischen Gefangenen zu kämpfen. [illegible]

Frankreich proklamiert „geheiligtes Tributrecht“

Die imperialistische Weltpresse weist die Erklärung Brünings in scharfem Tone zurück

Die Erklärung Brünings hat überall im Ausland ungeheures Aufsehen erregt und besonders in Frankreich einen Sturm ausgelöst.

Die französische Presse stößt die schärfsten Drohungen aus. Sie spricht von einer Abenteurerpolitik Brüning, proklamiert die Unantastbarkeit von Versailles und des Youngplanes und droht mit Kreditabwürgung und Einfuhrsperre. Ein vielverheißendes Vorspiel zur Lausanner Konferenz.

Wir lassen die Pressestimmen folgen:

Der französische Finanzminister Flandin erklärte: „Wenn die Worte, die man dem Reichskanzler in den Mund legt, gefallen sind, so würden sie bedeuten, daß die deutsche Regierung den Bestimmungen des Youngplanes und des Versailler Vertrages ein Ende bereiten würde. Man muß ihre amtliche Bestätigung abwarten. Aber es ist klar, daß kein Franzose die einseitige Kündigung freiwillig unterzeichneter Abkommen dulden könnte, eine Kündigung, welche die Zerstörung unseres geheiligten Rechtes auf die Reparationen in sich schließen würde ... Wenn der Lausanner Konferenz eine derartige Erklärung der Zahlungseinstellungen vorausgehen sollte, so wäre es zwecklos, sie

Japan wirft immer neue Truppen auf den chinesischen Kriegsschauplatz

zusammenzubrechen. Man kann tatsächlich nicht gleichzeitig mit den Rechten Frankreichs so leichtfertig umspringen und um dessen Mitarbeit ersuchen.“

Der offiziöse „Temps“ schreibt: „Wenn diese Haltung sich endgültig in Lausanne bestätigen sollte, so würde sie allen Regeln, die den Beziehungen zwischen zivilisierten Völkern zugrunde liegen, ein Ende bereiten. Sie würde die internationale Ordnung, die Jahrhunderte hindurch Wirkung hatte, zerstören, sie würde jedes Vertrauen in die Wiederaufrichtungsmöglichkeiten eines Landes endgültig töten, für das die Verträge und Abkommen nur Fetzen Papier sind.“

„Republique“ schreibt: „In dem Protest gegen die Unvernünftigkeit und Unzweckmäßigkeit der Geste Brünings werden alle Franzosen einig sein?.

„Oeuvre“ schreibt, die Erklärung Brünings habe den französischen Friedensfreunden die Arbeit erschwert.

„Agence Havas“ meldet, daß der Ministerrat am Dienstag darüber beraten werde, man könne aber annehmen, daß Frankreich zur Reparationskonferenz am 25. Januar erscheinen werde.

„Paris Midi“ meint, Frankreich werde gegen Deutschland die schärfsten Mittel anwenden und vor allem der Reichsbank die Erneuerung der gewährten Kredite von 100 Millionen Dollar verweigern.

Die „Liberté“ sagt: Es sei nicht daran zu zweifeln, daß der Ministerrat eine klare, geschlossene Haltung gegenüber Deutschland einnehmen werde.

„Pertinax“ meint, daß Frankreich nicht nur die 100 Millionen Dollar kündigen werde, sondern daß man auch scharfe wirtschaftliche Maßnahmen, wie z. B. die Sperrung der Einfuhr deutscher Waren nach Frankreich, treffen werde. Die französische Oeffentlichkeit — so schreibt er — werde es nicht zulassen, daß man Verträge wie einen Fetzen Papier behandle.

„Daily Telegraph“ sieht in der Erklärung Brünings eine Erschwerung der Situation. „Morningpost“ schreibt: „Wir bekennen offen, daß wir weder die Form, noch den Inhalt dieser Erklärung billigen“. „Daily Expreß“ meint, daß „Lausanne nun überflüssig“ geworden sei.

Die polnischen Zeitungen sprechen von „politischem Wahnsinn“. Es heißt dort: „Die Erklärung Brünings ist ein Akt des politischen Wahnsinns“. Andere polnische Zeitungen sprechen von einem europäischen Finanzskandal.

Mandschurei Aufmarschgebiet gegen SU.

Japanische Antwortnote an Amerika — Japan beruft sich auf die Sanktion des Völkerbundes für seinen Raubkrieg — Bau japanischer Eisenbahnen in China

Mukden, 12. Januar. Die japanische Regierung, die ihre Demission zurückgenommen hat, schickte eine Antwortnote an die Vereinigten Staaten, worin sie erklärt, daß ihr Vorgehen in China durch den Beschluß des Völkerbundrates vom 10. Dezember gedeckt sei. Japan bezwecke lediglich eine Einstellung der planmäßigen japanfeindlichen Bewegung in China und eine Anerkennung der zwischen China und Japan bestehenden Verträge.

In Mukden tritt eine Konferenz der Eisenbahnen der Nordmandschurei unter Führung des Direktors der südmandschurischen Bahn zusammen. Die japanische Abordnung wird verlangen, daß die Konferenz dem Bau von vier neuen Eisenbahnen mit japanischem Gelde zustimmen solle. Die Tagung soll eine große Bedeutung für die Zukunftspläne Japans in der Mandschurei haben, die ein Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion werden soll.

Das japanische Oberkommando bestätigt die Entsendung von Truppen zur Besetzung von Charbin. Die chinesischen Behörden von Charbin haben bereits beschlossen, die Stadt zu übergeben.

In Tsitsikar wurde eine Provinzialregierung aus Strohmännern Japans gebildet. Die neue Regierung hat erklärt, daß sie die japanischen Truppen bitten werde, zu bleiben, um den „Schutz“ der Stadt zu übernehmen. Außerdem will die neue Provinzregierung keine Beziehungen zu Moskau pflegen.

Siegeszug der Roten China-Armee

Schanghai, 11. Januar. Die chinesische Rote Armee, die vor kurzem den Regierungstruppen eine schwere Niederlage beigebracht und Huanan besetzt hat, nahm gestern Huangpi, zwanzig Meilen vor Hankau, ein.

Rücktritt Lavals

TU. Paris, 12. Januar. Das französische Kabinett, das am Dienstag mittag zusammentrat, hat auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Laval beschlossen, dem Staatspräsidenten das Rücktrittsgesuch zu unterbreiten.

Der Rücktritt Lavals ist eine Folge der im Zusammenhang mit der Erklärung Brünings aufgetauchten Schwierigkeiten. Laval ist zurücktreten, um die Basis der Regierungskoalition zu verstärken und sich eine um so festere Basis zum Kampfe für die Aufrechterhaltung und Festigung des Younglosems zu sichern.

Generalstreik in Chile

Santiago (Chile), 12. Januar. In Santiago de Chile begann am Montag ein 48stündiger Generalstreik. Die Streikenden fordern u. a. eine Amnestie und die unmittelbare Freilassung der wegen Meuterei bestraften Matrosen, Auflösung des Kongresses und Einrichtung einer Arbeitslosenunterstützung.

Die Regierung hält die Arbeitslosen in Konzentrationslagern unter Bewachung der Gendarmerie wie Kriegsgefangene. In einem solchen Lager in Santa Maria (Südchile) veranstalteten die Erwerbslosen eine Protestdemonstration gegen die schlechte Nahrung. Es kam zu einem Zusammenstoß mit Gendarmen, wobei ein Erwerbsloser getötet und mehrere Gendarmen verwundet wurden.

Sieben Kommunisten erschossen

Bukarest, 12. Januar. Die rumänische Siguranza meldet triumphierend, daß 7 Kommunisten, darunter ein Mädchen, erschossen wurden, angeblich beim Versuch einer Ueberschreitung der rumänisch-sowjetrussischen Dnjestr-Grenze.

Auf den Mazedonierführer Poptodoroff wurde in Sofia ein Anschlag verübt. Er wurde aus einem Fenster mit zwei automatischen Gewehren beschossen, konnte jedoch unverletzt entkommen. Der Mazedonier Tatzkoff wurde durch sieben Revolverschüsse getötet.

A. SCHARRER

Der große Betrug

(Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wien.)

20. Fortsetzung

„Ja, mit dem Dollar, das ist doch einfach toll!“ sagte eine andere Frau. „Was das wohl noch werden soll? In drei Tagen von 120 auf 185.“

„Früher hat man hungern müssen, weil es keine Arbeit gab, jetzt ist Arbeit da und doch nichts zu fressen. Die Proleten sind eben immer die Dummen.“

„Kann gar nichts schaden!“ mischte sich nun eine hagere Alte ins Gespräch. „Sie lassen sich ja immer wieder einwickeln von den Bonzen. Und die denken doch nur an sich. Da haben sie immer gebrüllt von „Ruhe und Ordnung“, nun ist Ruhe und Ordnung.“ —

„Uns geht es genau so“, antwortete Frau Günther, als wolle sie sich vor den empörten Frauen rechtfertigen. „Wir müssen im Einkauf mehr geben, als wir für die Ware bekommen. Wir arbeiten vollständig umsonst und müssen noch Miete und Licht zugeben. Wenn das so weitergeht, können wir den Laden zumachen und uns aufhängen.“

Margot war einige Stunden unterwegs, und hätte mit vieler Mühe etwas Leinöl, weißen Käse und einige Knochen bekommen. Fleisch- und Wurstwaren waren unerschwinglich teuer. Dann ging sie in ein Weißwarengeschäft, um sich Gardinen zeigen zu lassen.

Der Inhaber des Weißwarengeschäftes kam ihr lauernd freundlich entgegen. „Womit kann ich dienen?“

„Ich möchte mir Gardinen ansehen.“

Herr Kahlbaum kratzte sich hinter den Ohren und rief nach einer Verkäuferin. „Die Dame möchte Gardinen sehen.“

„Bitte schön!“

Margot befühlte das primitive grobe Gewebe, besah das altmodische Muster, die minderwertige Qualität.

„Haben Sie nichts anderes?“

„Wenn sie nicht zu teuer sind?“ wandte die Verkäuferin ein und öffnete einen andern Karton.

Margot fragte nach dem Preis.

Die Verkäuferin nannte eine Summe, deren Höhe Margot gar nicht begriff. Sie fragte auch nicht mehr nach dem Preis der geringen Qualität. Sie wußte aber, daß Albert die ganze Woche nicht so viel verdiente.

★

„Hören Sie einmal, Buchner, wollen Sie nicht an der Turbinenbank ablösen. Ich kann da nicht den ersten besten hinstellen. Sie arbeiten mit ihrem Ablöser zwei Schichten zusammen, damit Sie die Maschine kennenlernen und mit der Arbeit Bescheid wissen. Sie bekommen natürlich Ihren Akkordlohn“, sagte Meister Stempel eines Tages zu Albert.

Die Dreher an den schweren Maschinen gehörten fast durchweg zum „alten Stamm“ der Firma. Sie verdienten Spitzenlöhne. Von der kleinen Turbinenbank bis zu einer ganz schweren Maschine, das ist dann ein gelegentlicher Sprung, dachte Albert, wenn einer arbeitsunfähig wird, oder stirbt.

Albert arbeitete zwei Tage mit seinem Ablöser zusammen. Am dritten Tage arbeitete er allein. Er spürte keinen Hunger, obgleich er den ganzen Tag tüchtig gearbeitet hatte und die Brotration klein, der Belag recht mager war. Er wollte das Turbinenrad noch abspannen, das erste, das er fertiggedreht hatte. Alle Maße paßten, nur ob die Bohrung zylindrisch war, konnte er erst genau feststellen, wenn er von der anderen Seite messen konnte.

Sie war es. Albert rechnete in seinen Zetteln. Auch mit den Stunden war er gut hingekommen. Es war doch leichter als bei dem „Langholz“, oder den Revolverbänken. Jede Stunde, die fehlte, kostete einen harten Kampf. Die niedrigen Preise sollten auf keinen Fall durch hinzugeschriebene Lohnstunden belastet werden.

Hier war das anders. Die Preise waren so, daß der Stundenverdienst leichter erreicht wurde. Meister Stempel machte, wenn Maschinenreparatur oder Wartezeit anzurechnen war, keine Schwierigkeiten. Die Hauptsache war, daß keine Reklamationen von der Versuchsstation kamen, oder diese nicht auf sein Schuldkonto fielen. Es wurde immer von neuem experimentiert und Verjager mit mangelnder Präzision begründet, wenn diese nachzuweisen war.

Albert wusch sich und ging. Es kam sonst nie vor, daß er in ein Lokal ging. Heute tat er es. Er trank ein Glas Bier und kaufte sich eine Zigarre.

Irgendwann und wie müßten doch wieder solidere Verhältnisse eintreten. Albert rechnete aus, wieviel er Tags darauf ausbezahlt bekam. Es war mehr, bedeutend mehr, als die Wellendreher verdienten. Margot würde sich freuen über die Ueberraschung. Schließlich hatte sich doch alles zum Guten gewendet. Von der nächsten Lohnung wollte er Margot die Strickjacke kaufen. Er bestimmte dafür das Geld, das die zehn Ueberstunden brachten. Vielleicht auch noch ein Paar warme Schuhe. Sie hatte es verdient, reichlich verdient! Schuhe für Herbert würde Margot wohl noch von dem Lohn selbst erübrigen können. Vielleicht hatte sie dafür sogar noch Geld zurückgelegt. Er kannte ihre Pläne und wußte, daß sie oft scheinbar Unmögliches möglich machte. Die Hauptsache war doch vor allem, daß er wieder eine feste Position unter den Füßen hatte. Er rechnete auf lange Sicht, auf Jahre regelmäßiger Arbeit. Er war doch nicht der „erste beste“. Umsonst hatte Meister Stempel nicht gerade ihn genommen. Er wollte Ruhe nach all den wüsten Jahren. Er wollte keine Reichtümer erwerben, er wollte Arbeit, Anerkennung seiner Arbeit, einen Sonntag in der Woche und später — ein Fleckchen Laubenland. Sonst nichts!

Margot wartete mit dem Essen. Hilde kam noch vor Albert, trotzdem sie zwei Stunden später Feierabend hatte. Margot war in Angst. Die Stadtbahnzüge waren immer überfüllt. Zwischen den Puffern, in den Bremserhäuschen, auf den Trittbrettern klammerten sich die Arbeiter in Klumpen fest. Jeden Tag kam es zu Unglücksfällen. Auf der Strecke Gesundbrunnen—Prenzlauer Allee stand ein Arbeiter mit Holzlatten auf dem Trittbrett und kam mit diesen zwischen die Arbeiter auf den Trittbrettern des entgegenkommenden Zuges. Einige Dutzend Proleten wurden abgekämmt und lagen mit zerschmetterten Schädeln und zerbrochenen Knochen auf den Geleisen umher.

Margot atmete auf, als Albert kam. „Kommst ja so spät heute. Ich dachte schon, es sei was passiert“, sagte sie, als sie sich begrüßt hatten. „Nun sind die Kartoffeln wieder kalt geworden.“

„Mach' Bratkartoffeln“, sagte Albert, als wäre es ihm gleichgültig, was er aß. Margot fragte noch einmal, warum er so spät käme.

„Ueberstunden!“ sagte Albert leichthin.

„Ueberstunden? — Habt ihr denn soviel zu tun?“

(Fortsetzung folgt)

Trotzki bei Noske und Grzesinski gelandet

Der Vorkämpfer der Konterrevolution!

Herr Trotzki hat eine neue Broschüre mit dem einzigen Ziel, die Kommunistische Partei zu besudeln, geschrieben. Der Vorwärts und alle ähnlichen arbeiterfeindlichen Blätter stürzen sich mit Freude darauf, die niederträchtigsten und verlumptesten Stellen gegen die KPD zu zitieren.

Die Kommunistische Partei, die als einzige Partei den schärfsten Kampf gegen den Faschismus in jeder Erscheinungsform von Wels bis Hitler führt, die Kommunistische Partei, die als einzige Partei zahlreiche Blutopfer im Kampfe gegen den Nazitertor brachte, die Kommunistische Partei die unversöhnlich ihre proletarische Klassenlinie gegen alle Hilfstruppen der kapitalistischen Diktatur vertritt, — sie wird von Trotzki verleumdet, daß sie nichts tue, um den Sieg des Faschismus zu verhindern. Trotzki schlägt als ein Propagandist des „kleineren Uebels" vor, Bündnispolitik mit den Wels, Breitscheid und Leipart zu machen und schreibt:

„Man kann mit dem Teufel selbst sich verständigen, mit seiner Großmutter und sogar mit Noske und Grzesinski."

Die kommunistischen Führer werden von Trotzki als „Karrieristen und Bonzen" beschimpft, die sich angesichts der faschistischen Gefahr „einen Reisepaß besorgen". Herr Trotzki ist auf dem Niveau eines freiwilligen politischen Polizeispitzelanten angekommen. Niedriger und schmutziger kann er seine unbezahlte Rolle im Dienste der Brüningdiktatur nicht mehr betreiben!

Es versteht sich, daß der „Vorwärts" gerade gestern abend Trotzki als Kronzeugen dreispaltig auf der ersten Seite zitierte, um damit von den Geheimverhandlungen zwischen Brüning und Hitler und Wels, von den Volksgemeinschaftsverhandlungen von den Nazis bis zur SPD abzulenken.

Ueber Hitlers 25 Programmpunkte schreiben: Kurt Sauerland: „... unter Einsatz des eigenen Lebens ...", Walter Nettelbeck: Hitlers Verrat an Südtirol, Willi Münzenberg: Hitlers Bündnis mit dem internationalen Finanzkapital, Friedel Sauerland: Gen Ostland reiten ..., Kurt Kersten: Wird Feder Hitler und Rosenberg auswetzen lassen?, Heinz Pol: Nationalsozialistische „Parteibuchbonzen", Bernard Breniano: Was verstehen die Nationalsozialisten unter gleichen Rechten und Pflichten für alle Staatsbürger?, § 10, Ernst Reinhardt: „Sozialismus" für Millionäre, Hans Jaeger, NSDAP und Kriegsgewinnler, Heinz Pol: „Reale" Wirtschaftsführer, K. A. Wittogel: Hitlers Punkt 13 — gestohlen von der Demokratischen Partei, H. Förster: Gewinnbeteiligung ... oder: Dr. Feder straft Dr. Feder Lügen, Martha Arendsee: Nationalsozialisten und Sozialpolitik, J.: Der Kampf gegen die Warenhäuser, Edwin Hoernle: Das Bodenprogramm der NSDAP, Hans Jaeger: Wer sind die Volksverbrecher? Felix Halle: Zum Justizprogramm der NSDAP, Rudolf Rahm: Volksheer? Leo Lania: Hitlers „Kultur"programm, Peter Maslowski: Nationalsozialistische „Kultur", Alfred Kurella: Das Gesicht des Nazitaates, Johann Reich: Das Erziehungsprogramm der NSDAP. **Das findest du im Januarheft des „Roten Aufbaues"** (Abonnementspreis 1,80 Mark, 6 Hefte).

„Meine Schwester und ich"

Dieses musikalische Spiel von Berr und Berneuil, das vor einigen Jahren den Spielplan des Schauspielhauses „zierte", ist jetzt in einer mehr operettenhaften Aufmachung in den Spielplan des Alberttheaters aufgenommen worden. Die Aufführung dieses inhaltslosen Spieles (an dem noch das Beste die Musik von Ralph Benatzky ist) entsprach schon vor Jahren absolut keinem Bedürfnis und ist heute natürlich nicht zwingender geworden. Höchstens vielleicht für die Kasse des Alberttheaters, das mit solchen Stücken leider immer noch eher sein Publikum findet.

Ausschluß aus der KPD

Bei der letzten Meldung ist irrtümlich Genosse Fischer als ausgeschlossen gemeldet worden. Das stimmt nicht. Es muß heißen: Fritz Göhler. Außerdem wurde ausgeschlossen Kurt Schwarzbach, Dresden-Pieschen, wegen organisationsschädigenden Verhalten.

Betriebsräte-konferenz

UB Dresden am Sonntag, 17. Januar 1932, 9,30 Uhr im Restaurant Bayrische Krone, Dresden, Neumarkt

---

Werbt neue Abonnenten!

Massen heraus!

zu der öffentlichen Versammlung am Donnerstag, dem 14. Januar abends 20 Uhr im „Keglerheim" Friedrichstr. u. Ballsaal „Watzke" Leipziger Straße. Es sprechen:

der ehemalige Nationalsozialist Res.-Offizier und Dipl.-Kaufmann Kam. Müller u. Kam. Knöchel Mdl

über das Thema:

Hitlers Verrat a. d. nationalen und sozialen Interessen der Werktätigen und der Weg zu Arbeit, Brot und Freiheit

SPD- und NSDAP-Arbeiter erscheint in Massen! NSDAP-Leitung ist schriftlich eingeladen. Die Musik-Kapelle gibt Einlagen. Erwerbsl. 10 Pf., Vollarb. 20 Pf.

Abschlußsichere
ANZEIGEN-WERBER
für den „Führer durch die Geschäftswelt" sofort gesucht
Auch Genossen, die sich einarbeiten wollen, finden hierzu im hiesigen Bezirk Gelegenheit und werden bei genügenden Erfolgen dauernd beschäftigt
Näheres im Verlag, Dresden, Güterbahnhofstr. 2

Verstecke dich nicht hinter der Ausrede:
X „Ich weiß nicht genügend geschult, um eine politische Diskussion im Betrieb oder an der Stempelstelle mit Erfolg führen zu können"
WERDE STÄNDIGER LESER DER ZEITSCHRIFT
„Die Internationale"
SIE GIBT DIR DAS ERFORDERLICHE THEORETISCHE RÜSTZEUG!

Annahme
FELLE
gerbt, färbt
Rehefelder Str. 21

Den Vertreter der Arbeiterstimme verlangt man unter
Nr. 17259

Wenn's niemand macht!
Oswald Machts!
Hauptlager:
Kaulbachstraße 31, I. Etg.
Ecke Pillnitzer Straße
Möbel
aller Art
Große Auswahl! Billige Preise! Günstige Zahlungsbedingungen!

DAS JANUAR-HEFT IST ERSCHIENEN
Die Internationale
Die führende Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus
Aus dem Inhalt: Thälmann: Das Zentrum, die führende Partei der deutschen Bourgeoisie / Werner Hirsch: Faschismus und Hitlerpartei / Zwei grundlegende Dokumente zur Verbesserung der revolutionären Theorie und Praxis. Sofort besorgen, ehe vergriffen!
Jetzt nur noch 20 Pfennig das Heft!!

Beilage
Mittwoch, den 13. Januar 1932

Arbeiterstimme

Nr. 10
8. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Die Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Kundgebung in Dresden

Kampfgelöbnis der Tausende

„Alles für die Arbeitermacht...". Glänzender Verlauf der Massenkundgebung. Ausstellungspalast wegen Ueberfüllung 1 Stunde vor Beginn gesperrt. Tosender Beifall für den Genossen Siegel. Komsomolzen werden für die rote Klassenfront. Reichsbannerarbeiter erklärt Uebertritt zur KPD. Tenomitglied zerreißt seinen Ausweis und tritt in die Rote Hilfe ein

Ueber 160 neue Kämpfer für die rote Klassenfront gewonnen!

Dem Rufe der Kommunistischen Partei und der revolutionären Massenorganisationen Dresdens zur Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Kundgebung haben Tausende Folge geleistet. Diese Veranstaltung gehört wohl zu den größten Kundgebungen, die Dresden jemals gesehen hat. Eine Stunde vor Beginn mußte der Ausstellungspalast wegen Ueberfüllung gesperrt werden. Tausend Menschen fanden keinen Einlaß. Die Kundgebung selbst gestaltete sich zu einem Massenbekenntnis für den Kommunismus und für das Werk und die Lehren der großen Führer des Proletariats. Die der Ansprache des Genossen Siegel folgende Massenwerbung, die über 160 neue Kämpfer den roten Reihen zuführte, fand ihren Höhepunkt in dem Uebertritt eines Reichsbannermannes zur KPD und dem Eintritt eines Tenomitgliedes, das vor den Augen aller seinen Ausweis zerriß, in die Rote Hilfe. Der siegreiche Gedanke des Kommunismus hat die Massen der Werktätigen erfaßt und setzt seinen Vormarsch trotz Terror und Verleumdung fort. Das Kampfgelöbnis dieser Kundgebung, das die Tausende mit geballten und erhobenen Fäusten ablegten, muß überall dahingetragen werden, wo Arbeiter im Kampf um Lohn und Brot stehen, wo Erwerbslose und Arbeitsopfer um ihre Unterstützung kämpfen, wo Angestellte und Beamte ihre Existenz verteidigen, wo Mittelständler und Kleinbauern sich gegen die Erdrosselung durch das verfaulte großkapitalistische Diktatursystem zur Wehr setzen. Die Kommunistische Partei, der diese Vertrauenskundgebung der Tausende galt, wird ihr Gelöbnis wahrmachen: Im Kampf der Massen um Arbeit, Brot und Freiheit an der Spitze zu stehen.

Der Anmarsch

Bereits gegen 18 Uhr umlagerte eine Menschenmenge die Tore des Ausstellungspalastes, um sofort nach Oeffnung den Saal zu besetzen. Die Zugangsstraßen waren nach 18 Uhr mit Menschentrupps übersät, die alle dem Ort der Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Kundgebung zuströmten. Als ein Demonstrationszug des Stadtteils 2 eintraf, waren der Riesensaal und die Tribünen sofort überfüllt. Und immer neue Massen stauten sich vor den Toren, preßten sich in den Saal. Hier trafen sich die Metallarbeiter von Seidel & Naumann, von der Universelle, Anton Reiche, Meuter, Koch & Sterzel mit den Eisenbahnern, Postlern und Straßenbahnern. Hier saßen und standen die Tabakarbeiterinnen der Jasmatzi, Penidze und der anderen Zigarettenbuden neben ihren Klassengenossen von der Drehbank und vom Schraubstock; Erwerbslose, Sozialrentner und Invaliden Seite an Seite mit Angestellten und Beamten. Sie alle vereinte der Wille, die Lehren der großen Toten umzusetzen in die Tat!

Vom Podium leuchtete die riesenhafte Vergrößerung des glänzenden Werbeplakates der Kundgebung — die rote Sichel und der Hammer auf dem Erdball. Transparente riefen in roter Schrift den Massen zu: „Im Geiste Lenins, Liebknechts, Luxemburgs reiht euch ein in die KPD!" — „Kämpft mit der RGO gegen Betriebsfaschismus, Lohnraub, Entlassungen!" — „Die Arbeiterstimme ist eine wichtige Waffe im Klassenkampf!", zwei riesige Bilder demonstrierten sinnfällig die zwei Welten: Arbeitslosigkeit und Bankrott im Kapitalismus, Arbeit und Aufbau im Sozialismus.

Wegen Ueberfüllung abgesperrt

Schon kurz nach 19 Uhr war die Ueberfüllung derart gestiegen, daß die Wohlfahrtspolizei die Absperrung anordnete. Hunderte stauten sich deshalb an den Außentoren, ohne Einlaß finden zu können.

Die Eröffnung der Kundgebung

bildet der Einmarsch der Fahnen, der roten Sportler in ihrem Dreß und der Jungpioniere unter den Klängen des Kampfliedes: „Wir sind die erste Reihe ..." Brausender Beifall folgt der Rezitation „Lenin", dann füllt der starke Chor der revolutionären Naturfreunde das Podium und mächtig braust durch den Riesensaal der russische Trauermarsch für die gefallenen Revolutionäre:

Unsterbliche Opfer, ihr sankt dahin

Die Ansprache des Genossen Siegel

Fanfaren kündigen den Redner an. An Stelle des Genossen Feldmann, der zu der Besprechung des Zentralkomitees der KPD über die Präsidentenwahl abberufen worden war, betrat Genosse Bruno Siegel, der rote Betriebsrat der Eisenbahner, von Beifall begrüßt, das Podium.

Die Tage des Gedenkens unserer Toten sind für uns Revolutionäre Tage der Kundgebung unseres Kampfwillens für die Ziele der großen Führer, die ihr Leben dem Werk der Befreiung der Arbeiterklasse und aller Ausgebeuteten und Unterdrückten geweiht haben. Gerade das Jahr 1932 stellt uns wieder vor entscheidende Aufgaben. Eine Welt voll Feinden steht gegen die proletarische Bewegung — aber der rote Vormarsch, der revolutionäre Aufschwung ist nicht mehr aufzuhalten. Die Lehre Lenins, das heroische Beispiel Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts haben den Weg gewiesen. Schon triumphiert auf einem Sechstel der Erde der Sozialismus unter dem siegreichen Symbol Sichel und Hammer! Während die kapitalistische Welt in allen Fugen kracht, während dort Massenarbeitslosigkeit und Bankrotte auf der Tagesordnung stehen, setzt der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion seinen Siegeszug fort.

Zwei Welten — zwei Wege

Diese unüberbrückbaren Gegensätze sind die Ergebnisse zweier Wege. Der eine Weg, der ins kapitalistische Elend führte, ist gekennzeichnet durch die Ermordung Karls und Rosas durch Soldateska unter dem Protektorat sozialdemokratischer Führer, ist gekennzeichnet durch offenen faschistischen Terror, durch sozialfaschistischen Streikbruch und Arbeiterverrat, durch das Bündnis der SPD mit den Klassenfeinden, das jetzt zur „Volksgemeinschaft" mit Brüning-Hindenburg-Hitler führt! Dieser Weg ist der Weg des opportunistischen Reformismus der SPD-Führer, der Weg des Kuhhandels, der „Staatsbejahung", der Politik des „kleineren Uebels". Dieser Weg, der jetzt auch von den Massen der ehrlichen sozialdemokratischen Proletarier erkannt wird, dem die neue Splitterpartei, die SAP, nur Zutreiberdienste leisten will, dieser Weg ist der der Schändung des Marxismus, des Verrats am Sozialismus!

Der andere Weg ist der Lenins, für den Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ihr Leben gaben. Dieser Weg ist der des unversöhnlichen Klassenkampfes gegen den Kapitalismus, ist der Weg des Kampfes um Lohn, Arbeit und Freiheit, dieser Kampf wird entschieden in den Betrieben und wird geführt durch das Bündnis zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen, die an der Spitze der gegen die Lasten des verfaulten kapitalistischen Systems sich aufbäumenden, werktätigen Massen stehen. Und diesen Kampf führt die Kommunistische Partei getreu den Lehren Lenins, Liebknechts, Luxemburgs im Sinne des wahren, arbeiterbefreienden revolutionären Marxismus!

Deshalb gilt es gerade für die Tausende, die heute hier versammelt sind, dem Ruf der Kommunistischen Partei zu folgen, die Kommunistische Partei verspricht und beweist es, daß sie im Befreiungskampf der Arbeiterklasse an eurer Spitze steht, dem Beispiel folgend, das Lenin, Liebknecht, Luxemburg uns gaben!

Brausende Hochrufe auf die Kommunistische Partei, auf die Internationale und die Sowjetunion folgen den Ausführungen Bruno Siegels. Dann intoniert der Chor der Naturfreunde:

Brüder zur Sonne, zur Freiheit!

Es wird wohl wenig Chöre geben, die gerade dieses Kampflied so eindrucksvoll wiederzugeben wissen, wie es dieser Chor getan hat. Der stürmische Beifall zwingt sie zu Zugaben: „Tord Foleson" und „Empor zum Licht".

Das Kampfgelöbnis der Tausende

Jetzt springen Agitproptruppen auf die Bühne. Die frischen Stimmen der Burschen und Mädels vereinen sich in einem Sprechchor:

„Das Zentralkomitee hat beschlossen: Erobert die Betriebe!"

Eine groteske Szene folgt: Der Kapitalist und seine Stützen, Nazis und SPD-Bonzen, werden illustriert, entlarvt und vertrieben — Komsomolzen mit roten Sturmfahnen treten auf den Plan. Die Klänge eines russischen Kampfliedes begleiten den Appell: Tragt es in Dresden, durch Stadt und Land:

„Alles für die Sowjetmacht!"

Zündend wirkt dieser Appell und steigert sich zum Gelöbnis der Tausende. Mit geballten Fäusten erhebt sich alles im Saal und auf den Tribünen. Donnernd erklingt das Echo der Massen ... Lenin, Liebknecht, Luxemburg leben in ihnen und durch sie.

Massenwerbung für die rote Klassenfront!

Diesem Kampfgelöbnis folgt der Ruf: Hinein in die KPD, in die RGO, in die Massenorganisationen, werbt für die kommunistische Presse! 100 sofort zusammengetrommelte Werber dringen in die Reihen ein. Auf dem Podium werden die Eingänge der Werbung registriert. Plötzlich — ein zerrissenes Mitgliedsbuch des Reichsbanners bei einem Aufnahmeschein für die IAH. Beifall rauscht auf. Wenige Minuten später kommt die zweite Mitteilung:

Der Reichsbannermann Baumann, Hindenburgstraße, hat seinen Eintritt in die Kommunistische Partei erklärt!

Einige Sekunden später ruft es:

Ein Tenomitglied hat seinen Ausweis zerrissen und tritt in die Rote Hilfe ein!

Und als die Werbung abgeschlossen ist, sind

163 neue Kämpfer der roten Klassenfront zugeführt!

Für die KPD, RGO, RH, IAH und die Arbeiterstimme sind neue Werber gewonnen! Ein donnerndes Rot Front begrüßt die neuen Streiter für die Ziele Lenins, Liebknechts und Luxemburgs und dann braust zum Schluß der Kampfgesang der Arbeiterklasse durch den Riesensaal:

Wacht auf, Verdammte dieser Erde!

Tödlicher Verkehrsunfall

Gestern in der zwanzigsten Stunde ereignete sich an der Kreuzung der Grunaer und Albrechtstraße ein schwerer Verkehrsunfall, bei dem der 1888 geborene Gefangenenoberwachtmeister Arthur Charras so schwer verletzt wurde, daß er kurz nach seiner Einlieferung in das Carolahaus verstarb.

•

Eigentümer gesucht

Einsteigediebe versuchten in der Schäferstraße mit Hilfe einer Leiter in die Geschäftsräume eines Kaufmanns einzudringen. Dabei wurden sie gestört. Den Tätern gelang es, zu entkommen. Die Leiter ließen sie zurück. Bis jetzt konnte noch nicht festgestellt werden, wem die Leiter gehört.

In einem anderen Falle wurde von der Kriminalpolizei eine silberne Hülle für Saucenflaschen sichergestellt. Auch hierzu fehlt der Eigentümer. Geschädigte wollen sich im Kriminalamt melden.

Der Dresdner Rat dementiert

Gibt es Korruption in Dresden?

Nach mehreren Wochen hat endlich auch der Dresdner Rat die Sprache wiedergefunden und veröffentlicht im Dresdner „Amtskieker" eine sogenannte „Richtigstellung". Wir möchten diese unseren Lesern nicht vorenthalten, weshalb wir sie nachstehend folgen lassen:

„Richtigstellung. Die Nachrichtenstelle der Stadt Dresden teilt mit: Durch ein Dresdner Blatt (nicht Dresdner Anzeiger. D. Schriftl.) ist verbreitet worden, daß in der Dtewag Korruptionen vorgekommen seien. Diese Behauptung ist unwahr. Aus anderen Gründen schwebt gegen einen Beamten ein Disziplinarverfahren. Da es noch nicht abgeschlossen ist, kann hierüber nicht berichtet werden."

Interessant ist an dieser Richtigstellung, daß sie erstens nach Wochen kommt und zweitens an der unauffälligsten Stelle, in der kleinsten Schrift vom „Dresdner Anzeiger" aufgemacht wird. Wenn der Amtskieker ausdrücklich versichern zu müssen glaubt, daß er nicht die Zeitung ist, die über Korruption geschrieben hat, so bedurfte es dieser Versicherung beim besten Willen nicht. Dem Anzeiger traut etwas derartiges schon längst kein Mensch mehr zu. Im übrigen muß man aber den Mut zu einer Richtigstellung — wie sie diese Notiz sein soll — bewundern. Erst wird etwas bestritten und dann wird zugegeben, daß Disziplinarverfahren „laufen". Was ist nun richtig.

Selbstverständlich darf in diesem Chorus der berichtigenden Zeitungen auch die „Volkszeitung" nicht fehlen. Sie versieht ihre Meldung mit der Ueberschrift: „Eine Falschmeldung". Woher mit einem Male diese Feststellung? Wie kommt die „Volkszeitung" dazu, von „Falschmeldung" zu schreiben?

Sollte der Redaktion der „Dresdner Volkszeitung" wirklich so wenig bekannt sein? Wir glauben das nicht. Bei dieser Gelegenheit wollen wir nur erinnern an die Besetzung des Postens eines Personalchefs durch den ehemaligen Gewerkschaftsbonzen Förster. Ausgerechnet nachdem die Gas-, Wasser- und Elbwerke zur AG umgewandelt worden waren, wurde Herr Förster Personalchef. Also was glaubt die Dresdn. Volkszeitung, daß so etwas bezeichnet wird? **Oder bildet sich die Redaktion etwa ein, daß Förster wegen seiner Tüchtigkeit zu diesem Posten berufen wurde? Es war der Preis dafür, daß Herr Förster gemeinsam mit Herrn Kurpath den Widerstand gegen die Umwandlung bei den Arbeitern gebrochen hat. So etwas nennt man aber im gewöhnlichen Leben nicht anders als Korruption. Zur Beruhigung der Dresdner Volkszeitung und des Dresdner Anzeigers teilen wir schon heute mit, daß wir in den nächsten Tagen neues Material veröffentlichen werden. Wir weisen nach, die Riesenkorruption in Dresden besteht.**

Wochenendschule für Funktionärinnen
Sonnabend, den 16. u. Sonntag, den 17. Januar

in Dresden, Sportheim Dresden-Uebigau (Schloßschänke). jeder Stadtteil, jedes Instruktorgebiet und jede Massenorganisation schickt ihre Funktionärinnen zur Schule.

Beginn Sonnabend 17.30 Uhr.

„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis"
Lenin.

Ein neuer Stadtplan von Dresden

Westermanns neuer Stadtplan von Dresden, 1:25 000, im Umschlag 70 Pfennig, ist erschienen. Seine Vorzüge sind: anschauliche Farbgebung und klarer Druck, handliches Format machen ihm zur Verwendung besonders geeignet. In den Schulen dürfte er für Unterrichtszwecke genau so Verwendung finden können wie in den Büros.

Warnung vor einem Betrüger

In verschiedenen Städten tritt z. Z. ein Unbekannter als Betrüger auf. Er mietet sich vorzugsweise bei alleinstehenden Frauen ein, zahlt gewöhnlich 20 Mark an, gibt aber einen außer Kurs gesetzten Fünfzigmarkschein in Zahlung. Sobald er von der Wirtin das restliche Geld zurückerhalten hat, verschwindet er. Der Mann ist 172 bis 174 cm groß, schlank und gut gekleidet. Er hat längliches Gesicht und schlechte Zähne.

Zur Ifa-Woche

Die Ifa-Woche vom 30. Januar bis 7. Februar ist verbunden mit einer Ifa-Kulturschau in den Räumen des Kulturkreises, Winckelmannstraße 7. Außer den drei Massenveranstaltungen (6., 5. und 7. Februar) finden täglich 20 Uhr Kulturabende statt. Programm veröffentlichen wir in den nächsten Ausgaben der Arbeiterstimme. Sonntags sind auch Kinderdarbietungen vorgesehen. Alle Organisationen liefern schnellstens das Ausstellungsmaterial in der IAH ab. Werbe- überall und

Roter Volksdelegiertenkongreß in Dresden

Mittelständler und Kleingewerbetreibende reihen sich ein in die rote Klassenfront . Werktätige Frauen rufen zum Kampf!

Die Volksdelegierten von Groß-Dresden traten am Montag, dem 11. Januar, im „Herzog Albrecht" zu ihrer ersten Vollsitzung für dieses Jahr zusammen. Aus allen Stadtteilen, Berufen und Ständen waren die Delegierten zahlreich erschienen, um die durchzuführenden Arbeiten zu beraten und zu beschließen. Es war die Tagung des richtigen revolutionären Volksparlaments.

Nüchtern und sachlich kritisierte der Vorsitzende in seinen Ausführungen die zurückliegenden Arbeiten und zeigte gleichzeitig in seinem Referat auf, die auf Grund der Notverordnung neu zu stellenden Aufgaben. An Hand glänzender Beispiele beleuchtete er, welch ungeheure Profite die Rationalisierung den Unternehmern bringt. Wie der Staat Kleingewerbetreibende, kleine und mittlere Bauern durch seine rigorose Steuerpolitik enteignet und sie von Haus und Hof jagt. Daß in diesen Schichten die Erkenntnis Platz greift, gegen diese brutalen Maßnahmen sich zu wehren. Interessiert folgten die Delegierten seinen Ausführungen.

An der Diskussion beteiligten sich nicht nur Erwerbslose, Betriebsarbeiter und Arbeiterinnen, sondern auch Hausfrauen, Kleingewerbetreibende, Angestellte und Intellektuelle. Aufmerksam lauschte man den Delegiertinnen die erklärten, daß auch sie gewillt seien, mit dem Mann Schulter an Schulter den Kampf gegen ihre Unterdrückung und Ausbeutung zu führen. Besonders interessant waren die Ausführungen eines Kleingewerbetreibenden, der die elende Lage seiner Schicht schilderte. Er führte aus, daß es vielen schlechter gehe als den Erwerbslosen. Trotzdem sie ein Büdchen haben, können sie nicht Gas- und Stromrechnung bezahlen. Viele von ihnen waren in den vergangenen Jahren der Sozialdemokratie gefolgt, hatten sich aber enttäuscht von dieser zurückgezogen und sind in falscher Erkenntnis den Nazis nachgelaufen, von denen sie wiederum schmählich an das Großkapital verraten wurden um jetzt mit der revolutionären Arbeiterbewegung zu sympathisieren. Der Kleingewerbetreibende Bellmann gab einige Episoden seiner Erlebnisse in der SPD zur Kenntnis, als er mit Hermann Fleißner im Jahre 1918 im **Arbeiter- und Soldatenrat gewesen ist.** In einer Sitzung im Landtag habe er diesen auf die falsche Politik aufmerksam gemacht gegenüber **den Versprechungen, die sie den Massen gemacht haben.** Fleißner erklärte damals: **„Die Massen sind für den Sozialismus noch nicht reif!"**

Für das Programm gegen Massenausplünderung, das folgenden Inhalt hat, setzten sich die Volksdelegierten ein:

Kampfprogramm gegen faschistische Massenausplünderung.

Die Volksdelegierten Dresdens rufen die gesamte werktätige Bevölkerung auf, in gemeinsamer Front unter Führung **der KPD** für folgende Forderungen den Kampf zu eröffnen:

1. Weiterzahlung der Löhne und Gehälter in ungekürzter Höhe.
2. Einführung der 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich.
3. Für Beseitigung der Notverordnungs-Betriebsräte und Wahl von roten Betriebsräten.
4. Zahlung der Unterstützung an alle Fürsorgeunterstützten in derselben Höhe wie vor dem Unterstützungsraub durch den Rat zu Dresden.
5. Gewährung einer Miet- und Heizungsbeihilfe für alle Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten und vom Fürsorgeamt Betreuten.
6. Durchführung eines Wohnungsbauprogramms für Bau von Arbeiterwohnungen unter Anpassung der Mieten an Einkommen und soziale Lage.
7. Keine Schließung von Krankenhäusern und Lungenfürsorgeanstalten, Wiedereröffnung der geschlossenen Volksbäder.
8. Sofortige Inangriffnahme des Schulbauprogramms und Fertigstellung der stillgelegten Schulneubauten, Unentgeltliche Schulspeisung und völlige Lernmittelfreiheit für die Kinder der Minderbemittelten, Erwerbslosen, Sozialrentner und sonstigen Unterstützungsempfänger.
9. Bereitstellung von Mittel für Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für die arbeitslose Jugend, Beseitigung der Arbeitsdienstpflicht und der Pflichtarbeit.
10. Erlaß aller rückständigen Steuern und Gebühren für alle Gewerbetreibenden, deren Einkommen 4000 Mark jährlich nicht übersteigt. Senkung der Mieten für die Standinhaber der Dresdner Markthallen und für die Kühlräume im Dresdner Schlachthof.
11. Sofortige Aufhebung der Gemeindezuschläge für Kleingewerbetreibende und Handwerker zur Grund- und Gewerbesteuer.

Zur Aufbringung der Mittel müssen folgende Abstriche im Haushaltplan gemacht und Besitzsteuern eingeführt werden:

1. Sämtliche Polizeiausgaben im Etat sind zu streichen (3 Millionen).
2. Alle Zuwendungen an die Staatstheater sind einzustellen (1 Million).
3. Alle Zuwendungen an religiöse, reaktionäre und faschistische Organisationen sind zu streichen.
4. Alle Gehälter und Ruhegehälter sind auf die Höchstgrenze von 500 Mark monatlich herabzusetzen (6000 Mark jährlich).
5. Einführung einer Wohnungsluxussteuer für alle Wohnungen über 1000 Mark Friedensmiete jährlich.
6. Einführung von Sondersteuern nach folgenden Richtlinien:
   a) Für Einkommen über 8 000 Mark in Höhe von 5%.
   b) Für Einkommen über 25 000 Mark in Höhe von 10 %.
   c) Für Einkommen über 100 000 Mark in Höhe von 20%.
   d) Für Aufsichtsratstantiemen, Dividenden und sonstige Gewinnausschüttungen ist eine Sondersteuer einzuführen.
   e) Auf alle Vermögen über 100 000 Mark eine Vermögenssteuer von 20 Prozent und eine Millionärsteuer in Höhe von 25 Prozent.
7. Alle Zinszahlungen für früher aufgenommene Anleihen sind einzustellen.

Einstimmig wurde nach folgende Entschließung angenommen:

„Entschließung.

Die kapitalistische Gesellschaft versucht mit Hilfe des Hungerdiktats einen Ausweg aus der Krise zu finden. Die letzten Notverordnungen richten sich nur gegen die Arbeiterklasse und alle werktätigen Schichten. Ueber 15 Millionen Arbeiter, Angestellte und untere Beamte werden durch diesen Lohnraub mittelbar, über 30 Millionen unmittelbar betroffen. Alle bestehenden Tarifverträge und Bestimmungen der Kranken-, Invaliden- und Altersversorgung werden außer Kraft gesetzt. Die Presse des **revolutionären Proletariats wird verboten.** Arbeiterversammlungen aufgelöst, revolutionäre Arbeiter verhaftet und in die Zuchthäuser geworfen. Die Bourgeoisie glaubt, mit Hilfe des Artikels 48 ihren Raubzug gegen das Proletariat durchführen zu können. Auf Kosten der Arbeiterklasse sucht der Kapitalismus einen Ausweg aus der Krise. In diesem Kampfe findet er die Unterstützung der SPD- und ADGB-Führer. Sie versuchen, die Arbeiterschaft vom Kampf gegen die faschistischen Lohnräuber abzuhalten. In einem Aufruf des ADGB Sachsen ist von Kampf gegen Lohnraub keine Rede, sondern diese finden sich ab mit der unerhörten Lohn- und Gehaltssenkung. Mit dem Schwindel der sogenannten Preissenkung sollen die werktätigen Schichten getäuscht werden. Sie sollen die brutalen Verschlechterungen willenlos hinnehmen. Die kurze Hungerunterstützung der Erwerbslosen wird weiter gekürzt und zum Teil vollständig beseitigt.

In dieser Zeit der faschistischen Unterdrückung treten die Volksdelegierten Dresdens zusammen und rufen die Arbeiterschaft, Beamten, Kleingewerbetreibenden und Intellektuellen auf, die rote Einheitsfront gegen die faschistische Ausplünderung herzustellen. Alle Maßnahmen der Bourgeoisie müssen scheitern, wenn das revolutionäre Proletariat und seine Verbündeten, die ausgebeuteten Mittelschichten, den Kampf gegen das heutige System führen. An der roten Front muß der faschistische Angriff zerschellen. In allen Betrieben, Büros, öffentlichen und Erwerbslosenversammlungen muß die werktätige Bevölkerung Dresdens zu unserem Kampfprogramm Stellung nehmen und den unversöhnlichen Klassenkampf gegen alle Volksfeinde führen. Die Delegierten verpflichten sich, alle Kräfte einzusetzen, um den Kampf zu organisieren und die Einheitsfront in den Betrieben, Gewerkschaften, Büros und den Mittelschichten unter revolutionärer Führung, unter Führung der KPD zu schmieden.

Es lebe der Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit!

Gegen faschistische Diktatur, für die Errichtung eines freien sozialistischen Deutschlands!"

Begeistert kehrten die Volksdelegierten in ihre Stadtteile zurück um sofort die Arbeit unter den Massen aufzunehmen. Die rote Einheitsfront wird geschmiedet. Gemeinsam kämpfen jetzt schon: parteilose, kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter, Kleingewerbetreibende, Intellektuelle und Angestellte für die Befreiung der Ausgebeuteten und Unterdrückten, für ein freies sozialistisches Deutschland!

massen agitation
heißt vertrieb von
literatur!

keine zelle ohne literaturobmann, kein arbeiter ohne broschüren
zeitschriften, zeitungen, marxistische literatur, erzählungen usw

ub-litstelle rosenstraße 76

Rote Sportler als Agitatoren auf dem Lande!

(Arbeiterkorrespondenz 21)

Schellerhau i. Erzgeb. Sonntag für Sonntag strömen Tausende von Sportlern in unsere Gebirgsorte, um den Sport des „Brettelns" zu huldigen. Unter ihnen sind zahlreiche alte und junge Arbeiter mit dem Rot-Sport-Abzeichen, das von ihnen mit Stolz und Siegesgewißheit — dem Gegner zum Trotz — getragen wird. Doch eins möchte ich euch, ihr Wintersportler, ans Herz legen, überlaßt es nicht nur einzelnen Genossen **auch beim Sport als politische Agitatoren zu wirken.** Es ist so dringend notwendig, das Dorf mit den Zielen und der Idee der Kommunistischen Partei vertraut zu machen. Ueberlaßt dieses Feld nicht den politischen Parteien. Jede Bauernbroschüre, die ihr verkauft, erregt den Geist des Dorfbewohners und führt zu Diskussionen. Wenn ihr euer Brot kauft oder Margarine, dann sagt dem Händler, daß ihr auch am nächsten Wochenende bei ihm kaufen werdet, daß euch aber viel daran liegt, wenn auch ihr einmal etwas verkaufen könnt, eine Broschüre vielleicht oder eine Rote-Hilfe-Marke.

Macht es wie „Bruno". Er ging zum Friseur, die Zeit des Wartens nutzte er aus mit kritischem Betrachten der ausgehängten Zeitungen, halblaut brummt er vor sich hin. Nix, nichts als bürgerliche Literatur. Der Friseur klagt „Die Zeiten sind schlecht, ich kann nicht noch andere Zeitungen halten, das Geschäft verträgts nicht!" „Bruno" macht ihm plausibel, daß er das Magazin, das nebenbei noch ziemlich teuer ist, — es kostet 1 Mark — an die Luft befördern soll. **Dann verträgt das Geschäft schon ganz gut eine proletarische Zeitung.** Aber großzügig wie „Bruno" ist, bietet er dem Friseur seine Berg- und Sportwacht kostenlos zum Auslegen an — so wird er es in Zukunft immer handhaben. Sobald er seine Zeitung ausgelesen hat, befördert er sie schnellstens in den Zeitungshalter beim Friseur.

Nun prangt sie, die Sportpresse der roten Skifahrer und Naturfreunde, immer im Friseurladen und löst dort manch interessante Diskussionen aus. „Bruno" kommt jeden Sonnabend zum Friseur, — auch wenn er sich mangels Bargeld nicht rasieren lassen kann — um sich zu vergewissern, ob die Sportpresse ihre Pflicht erfüllt und die Hirne der Leser zum Denken anregt.

„Bruno" tut seine Pflicht, er leistet revolutionäre Kleinarbeit — in der Woche auf der Stempelstelle — Sonntags als roter Sportler. Erst vor kurzem **hat er im Dorf 18 Broschüren verkauft.** Das ist bei 300 Einwohnern ein großer Erfolg. Wo bleiben die vielen anderen roten Sportler? **Ran ans Werk!**

Punkt 13 des Hitler-Programms

Gestohlen von der Demokratischen Partei!

Dr. K. A. Wittfogel

Die NSDAP und ihre Anhänger sind noch nicht ganz einig, welcher Programmpunkt ihnen eigentlich eine besondere, sie von der Bourgeoisie trennende Stellung gibt. Der § 11 mit seinem Geschrei über die Zinsknechtschaft entspricht besonders den Gefühlen eines bedrängten Kleinbürgertums. Hitler und Feder haben denn auch den Punkt 11 als das „revolutionäre" Herzstück der 25 Punkte bezeichnet. Diese Behauptung ist ebenso dreist wie falsch. Der Kampf gegen die „Zinsknechtschaft" war einst im Frühkapitalismus, wie Marx feststellt, fortschrittlich. Später wurde er die Parole eines konservativen Kleinbürgertums, das sich durch billige Kredite zu behaupten suchte. Heute ist die Parole von der „Brechung der Zinsknechtschaft" bewußt konterrevolutionär, da sie die Arbeiter vom Kampf gegen die wirkliche kapitalistische Front, da sie zumal den industriellen Arbeiter und den Angestellten vom Kampf im Betriebe abhalten will. Es handelt sich also beim Punkt 11 um eine alte, längst illusionär gewordene Forderung, die nicht revolutionär, sondern gegenrevolutionär ist, deren Verwirklichung, wie Marx sagt, das Wesen der kapitalistischen Produktion in keiner Weise berühren würde, und die selbstverständlich nicht im mindesten originell ist. Die Nazitheoretiker sind offenbar zu unwissend, um die früheren Vertreter dieses Gedankens zu kennen, die Culpeper, Child, Patterson, Locke und Proudhon. Sie haben ihre „Weisheit" von den armseligen Nachfahren der Richtung, dem Proudhon-Anhänger Sylvio Gesell abgeschrieben. Glanz und Elend der nationalsozialistischen „Theorie" . .

Ganz genau so verhält sich die Sache bei Punkt 13 des ursprünglichen Hitlerprogramms. Wie der Kleinbürger durch den § 11 angezogen werden soll, so der mit sozialistischer Gesinnung erfüllte Prolet durch den § 13. Wir sprechen an dieser Stelle nicht davon, daß Hitler seit dem Jahre 1920 zur Beruhigung seiner kapitalistischen Hintermänner auch den kümmerlichen Inhalt seines 13. Punktes längst abgeschwächt, widerrufen, liquidiert hat. Diese Tatsache behandelt ein besonderer Artikel. Uns kommt es hier darauf an, zu untersuchen, ob der Punkt 13 Hitlers damals, als er geschaffen wurde, einen revolutionären oder konterrevolutionären Sinn hatte. Der frühere Nationalsozialist und jetzige Otto-Straßer-Mann Blank (Pseudonym: Weigand von Miltenberg) schwärmt seinen Lesern vor: „Vor allem Satz Nr. 13 gab dem Programm das für die Zukunft so folgenschwere Gepräge . . . Das trennte von allen Bürgerparteien der Nachkriegszeit . . . Der Antisemitismus und die völkische Erneuerung wurden schließlich auch bei den Deutschnationalen . . . gepflegt. Diesen Satz Nr. 13 aber schluckte keiner . . . Hier brachen alle Brücken." (Miltenberg, Ad. Hitler Wilhelm III, Berlin 1931, S. 34 ff.)

Herr Blank-Miltenberg spekuliert auf das kurze Gedächtnis seiner Leser. Es ist die frechste Lüge, die man erfinden kann, zu behaupten, Punkt 13 des Hitlerprogramms sei aufgestellt worden, um die NSDAP von den übrigen bürgerlichen Parteien zu trennen. Ganz im Gegenteil. In der ersten Zeit nach dem November 1918 erklärten sich alle bürgerlichen Parteien in irgendeiner Weise „auch" für eine Verstaatlichung. Während die revolutionäre Arbeiterschaft die Sozialisierung der Produktion in ihrer kapitalistischen Gesamtheit und zwar durch den revolutionären Staat der proletarischen Diktatur forderte, bestand der **Trick der bürgerlichen Scheinzugeständnisse** an das proletarische Sozialisierungsverlangen darin, daß man erstens die Verstaatlichung auf einen Teil der kapitalistischen Wirtschaft beschränkte (auf die „dafür reifen" Betriebe, auf die Trusts, auf die monopolistischen Unternehmungen; wobei man die Frage der landwirtschaftlichen Großbetriebe stillschweigend überging), und daß zweitens jener „Staat", der die machtvollere liberale Verstaatlichung durchführen sollte, in seinem Klassencharakter so umdefiniert wurde, so daß tatsächlich hinter allen bürgerlichen Verstaatlichungsphrasen der gute alte kapitalistische Klassenstaat als liebevoller Schützer der kapitalistischen Eigentumslehre hervorblickt.

In dieser Situation fabrizierte die NSDAP ihre 25 Punkte. Sie wurden im Februar 1920 öffentlich bekannt gegeben, doch standen sie, wie Hitler in seinem Erinnerungsbuch erzählt, bereits 1919 inhaltlich fest. Der Vergleich mit den programmatischen Erklärungen der übrigen bürgerlichen Parteien ergibt, daß Hitler mit seinem Verstaatlichungsparagraphen stramm in der Front der bürgerlichen getarnten Konterrevolution marschiert.

Hitlers 13. Punkt lautet bekanntlich so: **„Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trust-) Betriebe."** Von dem grotesken Deutsch der Formulierung sehe ich mit ab. Bei dieser „deutschesten" aller Parteien ist ein miserables, verwaschenes, zweideutiges Deutsch notwendiges Stilprinzip. Die Lüge und Zweideutigkeit des Programms erzwingt die wirre, undurchsichtige, sinnverderbende Sprache. In aller Ungreifbarkeit der Ausdrucksweise verbirgt sich immerhin der Gedanke, daß eine begrenzte Verstaatlichung stattfinden soll, die bei innerhalb der Verstaatlichungsgrenze die monopolhaft vertrusteten Großbetriebe liegen. Da der Begriff des Trusts auf die Landwirtschaft nicht angewendet zu werden pflegt, bleiben die landwirtschaftlichen Großbetriebe sowie die nichtvertrusteten kapitalistischen Unternehmungen der verschiedenen Kategorien von vornherein unangetastet. Der „Staat", dem die Verstaatlichung des Restes übertragen wird, ist jener angeblich über den Klassen schwebende Staat, der sich in den übrigen Punkten des Programms ganz deutlich als der Staat einer bürgerlich-reaktionären Diktatur entpuppt.

Eine derartig beschränkte „Verstaatlichung" forderten, bzw. erklärten für zulässig auch die Deutschnationalen. Wo eine solche Verstaatlichung „im sozialen Interesse" geboten sei, treten sie mit dafür ein, fordern aber ihre sachgemäße und fachmännische Durchführung". Drückten sich die Deutschnationalen bezüglich der Objekte und der Form der Verstaatlichung unbestimmt aus, so erklärte die **Deutsche Volkspartei** sich bereit, „einer Ueberführung dazu geeigneter (!) Betriebszweige in die Leitung und das Eigentum der öffentlichen Gewalt . . . zuzustimmen, sofern dadurch für die Allgemeinheit ein höherer Ertrag und für die Arbeitnehmer bessere Lebensbedingungen geschaffen werden". Die **Weimarer Verfassung** hat bekanntlich in ihrem Artikel 156 die entsprechende parteiliche Formel ziemlich genau übernommen („Das Reich kann durch Gesetz, unbeschadet der Entschädigung . . . für die Vergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum überführen"). Radikaler als Volkspartei und Reichsverfassung gebärdeten sich damals die **Demokraten,** die eine Sozialisierung dort für berechtigt erklärten, wo eine Wegräumung monopolistischer Herrschaftsverhältnisse notwendiger ist oder wo durch staatlich geregelte Wirtschaft eine Steigerung der Produktion erzielt werden kann. Danach ist möglichst baldige gemeinwirtschaftliche Verwertung der natürlichen Monopole, d. h. die Gewinnung und Verwertung von Bodenschätzen, die unersetzbar sind und nicht in willkürlich vermehrbarer Menge vorhanden sind, sowie die Uebernahme von Betrieben, die für die Wirtschaft des gesamten Volkes besonders wichtig sind, geboten. (!) Betriebe, die künftig zur Vergesellschaftung heranreifen, müssen (!) ihr zugeführt werden."

Vergleicht man mit diesen unter dem Druck der Klassenkämpfe von 1918/19 aufgestellten Verstaatlichkeitsforderungen der genannten bürgerlichen Parteien den famosen Punkt 13 des Hitlerschen Programms, so sieht man, daß Blanks Phantasien von dem ganz besonderen Charakter dieses Punktes einfach lächerlich sind. Hitler schlägt einen etwas rauheren Ton an als die Kollegen aus den alten bürgerlichen Parteien. Sachlich steht er mit seinen „Forderungen" in der Mitte zwischen der Volkspartei und den Demokraten.

Es war die damals gebräuchliche Maskierung der Konterrevolution, die bei Hitler auch in seinem 13. Programmpunkt zum Ausdruck kommt. In dem Maße, in dem die deutsche Bourgeoisie ihre Herrschaft politisch festigte, hat sie das Geschwätz der Verstaatlichung fallen gelassen. Hitler hat sich auch hier als getreuer Knecht des Kapitalismus erwiesen. Seine Liquidierung des ursprünglichen Punktes 13 folgt wie ein Schatten den derzeitigen Bewegungen und Zielsetzungen der deutschen Bourgeoisie.

Die konkrete marxistische Analyse findet bei jeder Lebensäußerung der NSDAP hinter bombastischen ... demagogischen Schaustellungen ...

Dr. K. A. Wittfogel
spricht über
Hitlers 25 Programmpunkte
am 13. Januar, 19.30 Uhr, im „Kristallpalast", Schäferstr.
Korreferent der NSDAP erhält 1 Stunde Redezeit. Unkostenbeitrag 40 Pf., Erwerbslose und Rentner 20 Pf. Erscheint in Massen!
Verband prol. Freidenker — Gruppe freisozialist. Studenten

SLUB
Wir führen Wissen.

RGO-Vorstoß in den Gewerkschaften

Erste Erfolge an der innergewerkschaftlichen Front

Vom Reichskomitee der RGO. wird uns geschrieben:

Der Radikalisierungsprozeß der werktätigen Massen schreitet fort. Das zeigt sich besonders deutlich in der immer stärkeren Abkehr sozialdemokratischer Arbeiter von der SPD., die immer mehr als der gemäßigte Flügel des Faschismus erkannt wird. Das zeigt sich ganz besonders auch in den Reihen der freigewerkschaftlichen Mitgliedermassen, wo die Empörung über die Tolerierungspolitik, über die Durchführung der Notverordnungsdiktatur durch die ADGB.-Führer, über den organisierten Streikbruch der Leipart, Graßmann, Urich und Konsorten immerfort wächst. Trotz der unflätigen Hetze gegen die RGO., in der sich die ADGB.-Zeitungen, die Zeitungen des Großkapitals und der Nazi führer zu überbieten versuchen, erkennen immer größere Massen der Mitglieder der ADGB.-Gewerkschaften und der Unorganisierten die absolute Richtigkeit der RGO.-Politik. Freigewerkschaftliche Arbeiter, die noch vor kurzer Zeit im blinden Glauben an die ADGB.-Führer heftig gegen die RGO. aufgetreten sind, bekennen sich heute in immer größerer Anzahl zur Revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Die wenigen Wahlen zu den Ortsverwaltungen der reformistischen Verbände, die in den letzten Wochen stattgefunden haben, geben ebenfalls den wachsenden Einfluß der RGO. auf die Mitgliedermassen der ADGB.-Gewerkschaften zu erkennen.

Trotzdem die Gewerkschaftsbürokratie Zehntausende von Mitgliedern ausgeschlossen hat, weil diese treu zur revolutionären Klassenkampflinie standen, vergrößert sich die Opposition unaufhaltsam. Nehmen wir einige wahllos herausgegriffene Beispiele aus den bis jetzt durchgeführten Wahlen zu den Ortsverwaltungen:

Bei den Mitte Dezember in Essen durchgeführten Ortsverwaltungswahlen des DMV. hat die RGO. einen beachtlichen Erfolg erzielt. Im Bezirk Stadt-Mitte erhielt die Opposition 73 Stimmen, während sie im Jahre 1930 37 Stimmen bekam; in Seegeroth erreichte die Opposition 74 Stimmen, während die Reformisten nur 52 Stimmen erhielten. In Altenessen bekam die Opposition 64, die DMV.-Liste dagegen 66 Stimmen; in Werden erhielt die Opposition 9 Stimmen, die Reformisten erhielten nicht eine einzige Stimme. In der Werdener DMV.-Gruppe wurde einstimmig eine Resolution gegen die Notverordnung und gegen die SPD.-Ortsverwaltung angenommen.

Auch die in der Heizungsbranche des Essener DMV. durchgeführte Delegiertenwahl zur Generalversammlung führte zu einem Erfolg der Opposition. Es wurden diesmal nur oppositionelle Delegierte gewählt. Bei der Wahl der Verbandsvertrauensleute war das Resultat: drei Oppositionelle und ein reformistischer Vertrauensmann.

In der Klempnerbranche des DMV.-Essen wurden ebenfalls alle Funktionen durch die Opposition besetzt. Die Delegiertenwahl im Drahtwalzwerk Krupp führte zu einem Sieg der Opposition; sämtliche Funktionen gingen in die Hände der Opposition über.

Bei den in den letzten Dezembertagen durchgeführten Ortsverwaltungswahlen des DMV. Duisburg-Hamborn wurden folgende Resultate abgegeben: In Duisburg-Hochfeld, Meiderich-Ort, erhielt die Opposition 147 Stimmen, die Reformisten 109. In Buchholz, Großenbaum, wurden für die Opposition 23, für die Reformisten 12 Stimmen abgegeben. Die Opposition hat also in diesen Gebieten bereits die Mehrheit der Mitglieder erlangt. In Hamborn erhielt die Opposition 87 Stimmen, die Reformisten bekamen 113 Stimmen. Die Wahlen für Duisburg-Stadt ergaben für die Opposition eine Minderheit gegenüber den Reformisten von nur vier Stimmen. Der Bezirksleiter wurde von der Opposition gestellt und gewählt. Die Erfolge sind um so beachtlicher, als im vergangenen Jahr die Opposition noch keinen nennenswerten Einfluß hatte.

Bei den Ortsverwaltungswahlen im Textilarbeiterverband Claußnitz, Bezirk Leipzig, erhielt die Opposition drei Sitze, während die Reformisten nur noch zwei Sitze behielten. Bei den Claußnitzer Vertrauensmännerwahlen im DMV. war Stimmengleichheit zwischen Opposition und Reformisten. Bei der Wahl des Zahlstellenleiters des DMV. wurde der oppositionelle Genosse zum Vorsitzenden gewählt.

In Kirchheim, Lausitz, hat der oppositionelle Kandidat mit 55 Stimmen um 3 Stimmen den reformistischen Kandidaten überflügelt. Als Schriftführer wurde ein oppositioneller Kollege mit 57 gegen nur sieben Stimmen gewählt. Die Kartelldelegierten bestehen in der Mehrheit aus Oppositionellen.

Die oppositionellen Erfolge sind keineswegs nur zahlenmäßig zu werten, denn diese Zahlen bringen den

gesteigerten Kampfeswillen der Mitgliedschaft der reformistischen Gewerkschaften gegen die Kapitaldiktatur und die ADGB.-Führer

als die besten Stützen dieser Diktatur zum Ausdruck. Das beweisen auch die immer zahlreicher werdenden Fälle, in denen die freigewerkschaftlichen Arbeiter über die Köpfe ihrer Führer hinweg Kampfbeschlüsse fassen und trotz des energischsten Widerstandes der reformistischen Bürokratie in den Streik treten. Der jüngst durchgeführte Streik von 600 Arbeitern im Berliner Möbeltransportgewerbe wurde von den größtenteils noch in der reformistischen Gewerkschaft organisierten Arbeitern gemeinsam mit den RGO.-Mitgliedern und den Unorganisierten gegen den Willen der reformistischen Verbandsführer beschlossen und, trotzdem die Bürokratie den Streik für „wild" erklärte, durchgeführt. Der gegen den notverordnungsmäßigen Lohnabbau durchgeführte Streik der Berliner Zeitungsfahrer, der mit einem vollen Erfolg endete, beweist ebenfalls die Radikalisierung der freigewerkschaftlichen Mitgliedermassen und den wachsenden Einfluß der RGO.; die streikenden Zeitungsfahrer waren bis zu diesem Streik in der Mehrzahl noch in der reformistischen Gewerkschaft organisiert. Auch der Teilstreik im Berliner Betrieb des Ullsteinverlages zeugt von wachsendem Einfluß der RGO. auf die freigewerkschaftlichen Mitglieder. Obwohl sich in diesem Fall ein Teil dieser freigewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Arbeiter, nachdem sie erst den Streik mitbegonnen hatten, durch die energische Bearbeitung durch die reformistischen Verbandsführer zum Streikbruch verleiten ließen, kam in diesem Streik dennoch die Radikalisierung zum Ausdruck. Vor wenigen Monaten noch wäre es völlig unmöglich gewesen, auch nur wenige der freigewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Arbeiter dieses Betriebes auch nur für einige Stunden Streik gegen den Willen der ADGB.-Führer zu bewegen.

Die rote Einheitsfront unter Führung der RGO. erobert sich immer mehr die Mitglieder der reformistischen Verbände.

Das Beispiel von AEG. Hennigsdorf, wo am 4. Januar ein 2stündiger Proteststreik gegen den Lohnabzug durch die Notverordnung durchgeführt wurde, ist charakteristisch für den wachsenden RGO.-Einfluß. Von der fast 2000 Mann starken Belegschaft haben etwa 97 Prozent den Streik beschlossen und durchgeführt. Das bedeutet, daß die freigewerkschaftlichen Kollegen und die SPD.-Arbeiter gegen ihre Führer, die eine wüste Hetze gegen den Streik führten, entschieden haben. Ein Mißtrauensantrag gegen die reformistischen Mitglieder des Betriebsrates, die den Streik verhindern wollten und sich offen als Interessenvertreter der Notverordnungspolitiker zu erkennen gaben, wurde fast einstimmig von der Belegschaft angenommen.

Aehnliche Zeichen des wachsenden RGO.-Einflusses hatten fast alle Streikkämpfe, die in den letzten Tagen durchgeführt wurden. Besonders im Ruhrgebiet ist die Revolutionierung der Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften zum Ausdruck gekommen.

In den letzten Wochen haben in **Köln, Trier, Aachen, Koblenz, Barmen, Königsberg, Thüringen, Bremen** und vielen anderen **Orten Konferenzen oppositioneller Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften** stattgefunden. Diese Konferenzen hatten alle ein charakteristisches Merkmal: Dutzende von Rednern bekannten sich, nachdem sie einheitlich die reformistischen Führer als Mitglieder der faschistischen Front bezeichnet hatten, zur roten Einheitsfront unter Führung der RGO.

Es ist ganz sicher: Der Einfluß der Revolutionären Gewerkschaftsopposition unter den gewerkschaftlichen Mitgliedermassen wächst und wächst. Zu dieser Feststellung muß aber gleichzeitig die weitere Feststellung gemacht werden,

daß die Erfolge an der innergewerkschaftlichen Front noch nicht im entferntesten den ausgezeichneten Verbreiterungsmöglichkeiten der RGO. in den reformistischen Gewerkschaften entsprechen.

Die jetzt zu verzeichnenden Erfolge sind in sehr vielen Fällen ohne systematische Fraktionsarbeit der RGO.-Genossen entstanden. Wirklich systematische Fraktionsarbeit wird heute noch in nur wenigen Fällen geleistet, obwohl diese Arbeit in mehreren Beschlüssen des erweiterten Reichskomitees als wichtiger Bestandteil der gesamten RGO.-Arbeit festgelegt worden ist. Die Beschlüsse wurden ungenügend durchgeführt. Wäre es anders, würde die Hauptkraft der RGO. bei der Mobilisierung zu den Kämpfen gegen Lohnraub und Notverordnungsdiktatur der Hauptstoß zugleich gegen die reformistische Bürokratie durch systematische Fraktionsarbeit geführt, würde der Kampf um die Gewinnung aller proletarischen Mitglieder der reformistischen Verbände als eine der wichtigsten Aufgaben aller RGO.-Gruppen geführt, müßten die Erfolge bedeutend größer sein.

Die Beschlüsse der eben zu Ende gegangenen Tagung der 8. Session des Generalrats der Roten Gewerkschaftsinternationale betonen in aller Schärfe, daß auf dem Gebiet der fraktionellen RGO.-Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften ein starker Tempoverlust zu verzeichnen ist. Ihn in der kürzesten Zeit zu überwinden, gehört zu den dringendsten Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Der RGO. muß es gelingen, bedeutend stärker als bisher die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter — allein die in den ADGB.-Gewerkschaften organisierten Arbeiter zählen noch 4½ Millionen — zu gewinnen. Die RGO. als die einzige revolutionäre Gewerkschaftsbewegung muß in kurzer Zeit zur Millionenbewegung werden. Diesem gewaltigen Ziel müssen die besten Kräfte gewidmet werden. Dadurch allein kann der Masseneinfluß der sozialfaschistischen ADGB.-Führer vernichtet werden, — und das ist die wichtigste Voraussetzung für den sozialistischen Ausweg aus der Not und dem Elend der Krise.

Jetzt heißt es für alle RGO-Anhänger, die Arbeit zu verdoppeln!

Sogar das bürgerliche Gericht bestätigt:

Streikbrecherrolle der reformistischen und christlichen Betriebsratsvorsitzenden der Straßenbahn

SPD-Arbeiter gegen die Streikbrecher. Straßenbahner, verjagt diese Elemente!

Wir berichteten bereits vor längerer Zeit über eine Klage, die die beiden Vorsitzenden des Betriebsrates der Straßenbahn Weber (Reformist) und Riedel (Christ) gegen den roten Betriebsrat der Straßenbahn-AG Bretschneider vor Gericht angestrengt hatten. Die beiden fühlten sich beleidigt, weil ihnen vorgeworfen worden war, daß sie — wie das ja von ihnen auch schon früher zugegeben werden mußte — im Polizeipräsidium gewesen seien und dort **mit dem Präsidenten verhandelt hatten über Schritte zur Niederwerfung des Streiks und der polizeilichen Besetzung der Bahnhöfe.** Gestern fand nun der Termin dem Amtsrichter statt. Der Richter hatte gleich zu Anfang die Kläger zu rügen, die wie überall zu spät erscheinen, so auch hier zu spät gekommen waren. Vor Gericht versuchten die beiden Helden unter allen Umständen eine Verurteilung Bretschneiders zu erreichen. **Ihr Ziel, das war sofort zu erkennen, war, den roten Betriebsrat Bretschneider von seinem Betriebsratsposten abzudrängen und ihn für die Verwaltung vogelfrei zu machen.** Was sie sich an Aussagen leisteten, rief die hellste Empörung auch der vor Gericht zahlreich erschienenen SPD-Arbeiter hervor. **So erklärten einige SPD-Arbeiter ganz unumwunden, sie seien „zwar Mitglieder der SPD, hätten aber ein derartiges unproletarisches Verhalten niemals für möglich gehalten."**

Genosse Helm als Verteidiger widerlegte die gesamten Argumente der Kläger und zeigte den politischen Hintergrund auf. Das Urteil lautete: **Freispruch des Genossen Bretschneider, Tragung der Kosten durch die Kläger.** —

Damit ist amtlich erwiesen, daß der christliche und der reformistische Betriebsrat den Streik im Zusammenwirken mit der Polizei und der Direktion abgewürgt haben. Sie sind in den Augen der Arbeiter gerichtet als die besten Stützen der Direktion, deren Interessen ihnen höher stehen als die Interessen der Straßenbahner. Das zeigt aber auch, weshalb die SPD die Notverordnung, die eine Verlängerung der Amtszeit der Betriebsräte vorsieht, unterstützt.

Die Arbeiter und Angestellten der Straßenbahn dürfen keinesfalls dulden, daß diese Streikbrecher nur einen Tag länger die Funktion als Betriebsratsvorsitzende ausüben. In jeder Werkstatt, auf jedem Bahnhof, in jeder Kolonne und Arbeitergruppe muß diesen Elementen das schärfste Mißtrauen der Belegschaften zum Ausdruck gebracht werden. In Belegschaftsversammlungen ist der Beschluß zu fassen, daß die Streikbrecher Weber und Riedel sofort ihre Funktionen niederlegen und der gesamte Betriebsrat zurücktritt. Diese Beschlüsse sind durch **Unterschriftensammlung** in allen Abteilungen zu unterstützen, damit der Weg frei gemacht wird für die **Wahl von klassenbewußten Arbeitern und Angestellten als rote Betriebsräte!**

Achtung, Kitobleute der RGO!

Am Sonnabend, dem 16. Januar, Unterbezirkskonferenz im Restaurant Bayr. Krone, Neumarkt, 16 Uhr. Jede Betriebs- und Erwerbslosengruppe muß vertreten sein. RGO. Ortskomitee Dresden

---

15 Prozent Lohnabbau bei Lande

Andauernde Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse. Vollkommen unhygienische Zustände. Arbeiter, nur durch euch können diese Mißstände geändert werden!

Es ist notwendig, in aller Oeffentlichkeit die Zustände in dem Betrieb der Zigarettenfabrik Lande zu beleuchten.

Trotz größter Unzufriedenheit über die letzte Notverordnung, die jedem 15 Prozent Lohn raubt, trotz Ueberstunden und unmöglichsten Arbeitsverhältnissen ist von der Belegschaft noch nichts unternommen worden, **den schlechten Betriebsverhältnissen sowie dem fortwährenden Lohnabbau entgegenzutreten.** Einige Beispiele der Hygiene: Jetzt läuft in unserem Betrieb die Doppelschicht, durch die dauernde Arbeit wird nur ganz ungenügend gelüftet. Eine Krankenstube gibt es ebenfalls nicht. Die Kranken müssen in der kalten Garderobe liegen, wo es nach nassen Kleidern riecht. Neben ungenügender Waschgelegenheit gibt es nur vier Klosetts, für nahezu 80 bis 100 Packerinnen.

Als besonderer Mißstand, der schon viel Aerger und Schaden der Belegschaft brachte, sind die unverschlossenen Kleiderschränke anzusehen. All diese Mißstände werden hiermit angeprangert um die Belegschaft aus der Gleichgültigkeit, in der sie sich zur Zeit befindet, herauszubringen. Sie selbst ist verantwortlich für diese Mißstände!

Wehrt euch dagegen, zwingt die alten Betriebsräte zum Rücktritt und wählt solche, die ehrlich die Interessen der Belegschaft vertreten. Die reformistischen Betriebsräte haben ausgedient. Reiht euch ein in die RGO, stellt rote Betriebsräte auf.

Zahle in bar!

So lautet die Aufforderung des sich allezeit im Dalles befindlichen Steueramts an die Steuerzahler. Hieß es früher: „Zahle bargeldlos!", so hat sich diese Parole jetzt gewandelt. „Zahle in bar!", diese Aufforderungen richten sie jetzt an alle, die, denen durch Lohn-, Gehalts-, Unterstützungs- und Zollraub die Einkünfte soweit verkürzt worden, daß sie zur Zahlung der Steuern heute kaum noch in der Lage sind.

Zahle in bar!

Das ist der größte Hohn, der den Werktätigen geboten werden kann.

Leipziger Metallbetrieb gegen Bürgersteuer

Belegschaft beschließt einstimmig: Wir können keine Bürgersteuer zahlen!

Die Belegschaft der Eisengießerei Jahn in Leipzig-Leutzsch beauftragte kürzlich ihren Betriebsrat, dem Rat der Stadt Leipzig eine von der Belegschaft **einstimmig angenommene** Entschließung zu übermitteln, die den Erlaß der Bürgersteuer fordert. Wir bringen nachstehend den Inhalt der Entschließung, die dem Rat übermittelt wurde, zum Abdruck:

„An den Rat der Stadt Leipzig.

Die Belegschaft der Firma Max Jahn, GmbH, Leipzig erklärt hiermit dem Rat der Stadt Leipzig, daß wir auf Grund der ungeheuren Lohnsenkung und durch die andauernde Kurzarbeit, 3—4 Tage, nicht in der Lage sind, die Bürgersteuer, deren Abzüge jetzt beginnen, zu zahlen. Die hohen Soziallasten und Steuern, der Lohnabbau, ohne daß eine spürbare Senkung der Preise eintritt, bedeutet eine ernste Gefährdung der Gesundheit und Lebensexistenz der Arbeiterschaft. Wir verlangen deshalb vom Rat der Stadt Leipzig, den gesamten Mitgliedern der Belegschaft die Bürgersteuer zu erlassen. Bei einer Ablehnung des Gesuches behält sich die Belegschaft weiteres vor. Um baldige Antwort wird gebeten. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Belegschaftsstärke 120 Mann.

Im Auftrag der Belegschaft: Der Betriebsratsvorsitzende."

Auch in Dresden wird in dieser Woche zum ersten Male die Bürgersteuer von dem sozialdemokratischen Finanz- und Steuerdezernenten von allen Lohn- und Gehaltsempfängern in Abzug gebracht und die Not von Tausenden und aber Tausenden von Arbeitern gesteigert.

Der Zusammenschluß aller Arbeiter gegen die dauernden Verschlechterungen ihrer Lebenslage und der geschlossene Protest der Belegschaften muß überall zum Ausdruck gebracht werden.

Landarbeiterstreik in Hannover

Hannover, 12. Januar (Eig. Drahtbericht)

Gestern früh sind die Landarbeiter von 6 Gütern im Kreis Hannover-Linden in den Streik gegen Lohnraub getreten.

Die Gendarmerie aus der ganzen Umgebung war mobilisiert und führte in den Vormittagstunden eine Aktion gegen die Streikenden und die Streikposten durch. **23 Arbeiter wurden verhaftet** und sollen heute bereits dem Schnellrichter vorgeführt werden. Die Erregung unter den Landarbeitern ist sehr stark.

Teilerfolg erkämpft

Berlin, 12. Januar (Eig. Drahtbericht)

Der Streik der Buchdrucker bei der Firma Saba, Wilhelmstraße, wurde nach 4tägiger Streikdauer mit einem Teilerfolg abgebrochen. Statt 13 Prozent werden 7 Prozent des Lohnes in Abzug gebracht.

Rund um den Erdball

Uebermenschliche Anstrengungen der Beuthener Rettungsmannschaften

Leben die letzten Sieben noch?

Suche mit Abhörapparaten — Rettungsarbeit trotz Lebensgefahr

Beuthen, 12. Januar. Die unverhoffte Rettung der sieben verschütteten Kumpels der Karsten-Zentrums-Grube, hat die Hoffnung wieder belebt, daß es gelingen würde, auch die restlichen sieben Bergleute noch in allerletzter Minute dem Tode zu entreißen. Allerdings ist man sich vollkommen klar darüber, daß es in den nächsten Stunden zu geschehen habe, da sonst alles — verhungert sein wird.

Nach Meldungen, die kurz vor Redaktionsschluß eingingen, müßte es allen Berechnungen zufolge in kürzester Zeit gelingen, zu den sieben noch verschütteten Kumpels vorzudringen. Je näher die Rettungsmannschaften dem Ort kommen, an den man sie vermutet, desto vorsichtiger muß natürlich gearbeitet werden. Weder die Kameraden der Verunglückten noch die Bergbehörden wissen bisher Genaues über das Schicksal der noch Eingeschlossenen. Wenn all die glücklichen Umstände, die es den am Sonntag Geretteten ermöglichten, fast eine Woche lang ihr Leben im verschütteten Stollen zu fristen, auch für diese Gruppe der Bergleute zutreffen würden, so erscheint es doch allmählich sehr fraglich, ob alle Eingeschlossenen die lange Zeit ohne Nahrungszufuhr überstanden haben.

Die Rettungsmannschaften, deren Tätigkeit immer wieder höchstes Lob gezollt werden muß, sind sich des Ernstes der Lage voll bewußt und leisten fast Uebermenschliches. Leider ist die Anwendung der technischen Hilfsmittel, wie Rammen, Bohrmaschinen usw. beschränkt, da sie die Gefahr für Eingeschlossene und Retter nur erhöhen würde.

Störungen durch Gebirgsbewegungen sind in der letzten Zeit nicht mehr eingetreten. Trotzdem war ein schnelleres Vorwärtskommen nicht möglich, da zuviel Gestein durch die Gebirgseinschläge der vergangenen Woche zu Bruch gegangen ist.

Selbst erfahrene Bergleute, die schon mancherlei Grubenunglück miterlebt haben, können sich auf Streckeneinbrüche von solchem Ausmaß nicht entsinnen. Die Angehörigen der Verunglückten werden über den Fortgang der Bergungsarbeiten ständig auf dem Laufenden gehalten.

Nach 144 Stunden geborgen

Die Geretteten der Karsten-Zentrumsgrube im Knappschaftslazarett Beuthen, wo sie nas ihrer Rettung Aufnahme fanden.

Wieder drei Kumpels verschüttet

Diesmal im Braunkohlenpütt „Roter Stollen"

Kassel, 12. Januar. Noch sind die restlichen sieben verschütteten Bergleute der Karsten-Zentrumsgrube nicht geborgen, kommt aus Kassel die Meldung, daß sich am Dienstagvormittag in dem Braunkohlenbergwerk „Roter Stollen" in Kassel-Wilhelmshöhe ein schwerer Streckenbruch ereignet hat, durch den drei Bergleute in etwa 120 Meter Tiefe eingeschlossen sind.

Sofort in Angriff genommene Bergungsarbeiten haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Es besteht die Möglichkeit, daß die Bergleute von den in die Gänge eindringenden Gesteinsmassen verschüttet wurden; sie schweben in höchster Lebensgefahr.

Und diesen, Tag für Tag ihr Leben aufs Spiel setzenden Bergproleten, wagt man noch, den jämmerlichen Hundelohn durch Notverordnung weiter zu kürzen. Da ist wirklich jeder Kommentar überflüssig!

Ein Sadist als Kurpfuscher

Mißhandlungen als „Heilmethode"

Patienten werden gegen 100 Mark Monatshonorar mißhandelt

Koburg, 12. Januar. Vor der Koburger Berufungskammer hatte sich jetzt ein Wunderdoktor zu verantworten, der an verbrecherischer Gewissenlosigkeit fast noch den Käsedoktor Weißenberg übertrumpft. Paul Grau heißt dieser Kurpfuscher, der zwar nicht mit Käse und Beschwörungen herumdokterte, dafür aber seine mehr als vertrauensseligen Patienten gegen ein Monatshonorar von 100 Mark regelrecht zu „Heilzwecken" mißhandelte.

Wie man aus der stürmisch verlaufenen Gerichtsverhandlung erfuhr, hatte der Angeklagte zwei seiner Patienten versprochen, sie gegen ein Honorar von 100 Mark in fünf bis sechs Wochen gesund zu machen. Als Heilmittel hatte er Atemgymnastik, Packungen und Suggestion genannt.

In Praxis mißhandelte er jedoch die Patienten auf das brutalste. So „behandelte" er ein 13jähriges Mädchen, daß infolge eines Nervenschocks stumm geworden war, mit Faustschlägen auf den Mund und gab ihr kalte und heiße Duschen, die Brandwunden verursachten. Ferner hatte er das Mädchen, ebenso wie auch die zweite Patientin, eine gelähmte Frau, an die Zimmerwände und an den Ofen geworfen, wovon die Wunden der beiden zeugten. Außerdem war die Gelähmte von dem Wunderdoktor noch auf dem splittrigen Holzfußboden herumgeschleift worden!

Wollten während dieser „Behandlungszeit" Angehörige der Mißhandelten besuchen, wurden sie mit dem Bescheid abgewiesen, daß „sich die Patienten auf dem Wege der Besserung befänden".

Vor Gericht erdreistete sich dieser Kurpfuscher noch zu der Behauptung, daß „die Kur nur deshalb fehlgeschlagen sei, weil die Patienten kein Vertrauen zu ihm gehabt hätten".

Mit sechs Monate Gefängnis glaubt das Gericht den Angeklagten Eisenbartkuren sühnen zu müssen. Hat er die dann abgebrummt, so wird er sich vielleicht nach der Methode Weißenberg versuchen: ein bißchen Käse, viel Geisterhokuspokus und das ganze auf Schwarz-weiß-rot aufgezogen. Geht's dann wieder schief, kommt er bestimmt schlimmsten Falles mit einer Geldstrafe davon. Im Uebrigen aber: Es wird weiter gekurpfuscht ...

Ein 20facher Brandstifter

Er war stets der eifrigste beim Löschen

Kottbus, 12. Januar. Der 19jährige Landwirtssohn Friedrich Neumann aus Werben, Kreis Kottbus, ist jetzt in das hiesige Amtsgefängnis eingeliefert, weil er gestanden hat, im Laufe der letzten Jahre nicht weniger als 20 Brandstiftungen in den Dörfern Werben, Ruben, Guhrow und Müschen verübt zu haben.

Seine Entlarvung geschah bei einem riesigen Scheunenbrand in der Nacht zum Dienstag, der ebenfalls von ihm angestiftet war. Wie bei allen Bränden befand sich Neumann auch diesmal wieder unter den eifrigsten, die das Feuer bekämpften. Mit 15 Jahren, gestand er später, hat er den ersten Brand angelegt. Die Motive sind vollkommen unklar. Nur mit Mühe gelang es zu verhindern, daß der jugendliche Brandstifter von der erregten Landbevölkerung gelyncht wurde.

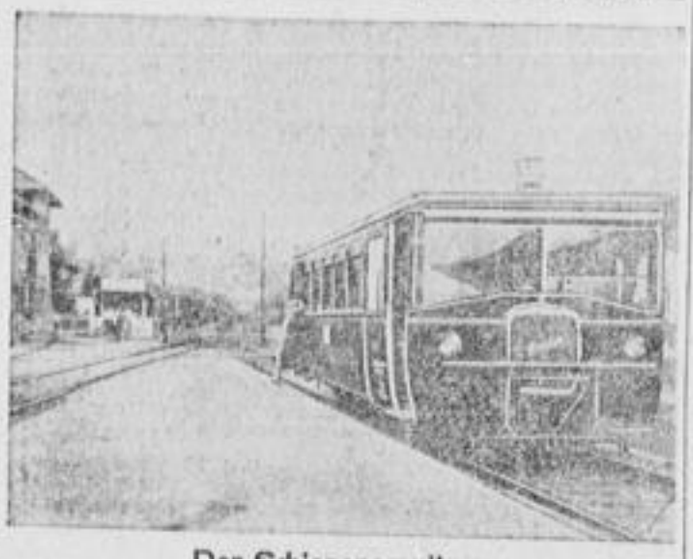
Fünf Personen ertrunken

Erst zwei Leichen bisher geborgen

Tromsö, 12. Januar. Wie jetzt erst bekannt wird, kenterte am Sonntag vor Tromsö ein Boot mit fünf Insassen. Alle fünf Personen, ein 40jähriger Mann, zwei junge Männer und zwei junge Mädchen, ertranken. Zwei Leichen sind bisher angetrieben.

Zwei Brüder tödlich verunglückt

In Gladbeck wurden die 10 und 12 Jahre alten Brüder Helmut und Herbert Reich von einem Lastzug überfahren, als sie von einem Fahrzeug abstürzten, an das sie sich angehangen hatten. Beide waren sofort tot.



Der Schienenomnibus

Auf der Suche nach einem Verkehrsmittel, das im Kurzstreckenverkehr schnell, billig und bequem ist, hat die Reichsbahn nun den Schienenomnibus eingesetzt. Der erste fährt auf der Strecke Grifte—Gudensberg in Hessen-Nassau

Reichswehrsoldat und Pferd

springen aus brennenden Eisenbahnwagen

Berlin, 12. Januar. Ein aufsehenerregender Vorfall ereignete sich Dienstag früh gegen 5 Uhr auf der Eisenbahnstrecke zwischen den Bahnhöfen Beusselstraße und Jungfernheide in Berlin-Moabit.

In dem letzten Wagen eines Güterzuges, in dem zwei Pferde des Artillerieregimentes 6 befördert wurden, fiel eine Petroleumlampe um. Es entstand sofort ein Brand. Der begleitende Reichswehrsoldat versuchte, das Feuer zu ersticken, was jedoch mißlang, da der Brand an dem im Wagen befindlichen Stroh reiche Nahrung fand.

Der Soldat öffnete schließlich die Wagentür und sprang aus dem fahrenden Zug. Eines der Pferde folgte ihm, während das andere im Wagen verbrannte. Der Soldat, der eine leichte Gehirnerschütterung davongetragen hat, hielt einen Stadtbahnzug an und fuhr zum nächsten Bahnhof zurück, wo er die Feuerwehr alarmierte. Beim Eintreffen der Wehr war der Güterwagen jedoch schon völlig ausgebrannt. Das aus dem Zug gesprungene Pferd hat nur eine leichte Halsverletzung davongetragen.

„Schwarzer Gesandter des Kaisers" verhaftet

In Antwerpen wurde ein Neger aus Sierra Leone verhaftet, der sich als „Abgesandter des Kaisers von Abessinien" ausgab und bereits eine große Menge von Bestellungen gemacht hatte. Er war im Besitz von mehreren Millionen falscher Reiseschecks und hat bereits seine Betrügereien eingestanden.

Fischdampfer mit drei Mann gesunken

In der Nähe von Cherbourg ist ein Fischdampfer mit drei Mann Besatzung im Sturm gesunken. Hilfsschiffe fanden nur Wrackteile des Dampfers.

Kein Brot für die Arbeitslosen in Neuyork

Jimmy Walker auf Betteltour

Neuyork, 12. Januar. Die Stadtverwaltung von Neuyork ist vollkommen pleite. Bürgermeister Walker hat sich an die Banken um einen Kredit gewendet. Diese verlangen aber einschneidende Sparmaßnahmen, so vor allem Einschränkung des städtischen Bauprogramms und Erhöhung der Fahrpreise der Untergrundbahn. Als erste Sparmaßnahme hat Bürgermeister Walker die Streichung der Brotunterstützung an die Arbeitslosen in Höhe von 20 Millionen Dollar verfügt. Die Lage der Erwerbslosen ist dadurch eine furchtbare.

Folge 1

Die Internationale

Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

INHALT DES HEFTES:

— Und wer sie nicht liest, ist ein Soldat, der seine Patronen verschießt, ohne zu zielen!

Sofort kaufen, ehe vergriffen. Jetzt nur noch 20 Pf. das Heft.

Verantwortlich: Alfred Fendrich, Berlin.

Unsere Parteiorganisation im 4. Quartal 1931

Vormarsch der kommunistischen Bewegung hält an

6265 Neuaufnahmen — Bessere kassentechnische Erfassung der Mitgliedschaft — Noch immer ungenügende Betriebs- und Frauenarbeit — Die säumigen Ortsgruppen am Pranger — Ortsgruppen ohne Tagespresse — Ab 1. Februar erscheint das „Illustrierte Volksecho"

[illegible] Auf der großen Plenarsitzung der BL. stand im Vordergrund die kritische Ueberprüfung unserer gesamten Parteiarbeit. Die Ueberprüfung erfolgte in erster Linie an Hand der gemachten Erfahrungen in den letzten Wirtschaftskämpfen und in der roten Volksbegehrenskampagne. Obwohl die Fragen an Hand dieser konkreten Erfahrungen gestellt wurden, hatten Referat und Diskussion einen außerordentlich hohen theoretischen Charakter. Kam das daher, weil wir wieder einmal von der täglichen Kleinarbeit in die Theorie gestiegen sind? Dadurch, daß viele Genossen solche Schlußfolgerungen ziehen, werden sie nicht richtiger. „Wir müssen uns daran gewöhnen, jeden Schritt unserer täglichen Praxis des revolutionären Klassenkampfes mit dem höchsten Maßstab revolutionärer Theorie zu messen." So formulierte Genosse Thälmann in seinem viel diskutierten Artikel die Bedeutung der theoretischen Fragen für die tagtägliche Praxis mit vollem Recht. Unsere Erziehungsarbeit — theoretische Arbeit oben und unten — bedeutet nicht Vernachlässigung anderer Arbeiten. **Haben wir zur laufenden theoretischen Ueberprüfung und Klarstellung der Lage und der sich daraus ergebenden Aufgaben keine Zeit, dann können wir unsere Aufgaben nicht so durchführen, wie sie die Situation von uns verlangt.** „Mit der Zuspitzung der Klassensituation, der Verschärfung des Klassenkampfes und dem Wachstum der revolutionären Bewegung steigen die Aufgaben und die Anforderungen an die Partei. ... Die Erziehung der Partei ist stets auch Arbeit für die Steigerung ihrer Kampfkraft. Wenn wir mit allen Kräften daran gehen, das politische Niveau unserer Partei zu heben und zu verbessern, so ist das zugleich Arbeit an den Massen und für die Massen, um die Partei und mit ihr die Arbeiterklasse aktionsfähiger für die großen und schweren Aufgaben des revolutionären Freiheitskampfes gegen die Diktatur der Bourgeoisie, für die Diktatur des Proletariats zu machen" (Thälmann). Aus diesem Grunde war die Ueberprüfung unserer Arbeit auf dem Plenum der BL eine Ueberprüfung der gesamten theoretischen und praktischen Arbeit. Wir konnen die Theorie nicht von der Praxis, die organisatorische nicht von der politischen Arbeit trennen.

Auch in dieser Sitzung mußten wir feststellen, daß unsere organisatorischen Erfolge noch lange nicht den gegebenen politischen Möglichkeiten entsprechen.

Im letzten Quartal hatten wir eine Reihe von Wirtschaftskämpfen, eine Verschärfung der Maßnahmen der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse; wir leiteten unsere rote Selbsthilfekampagne ein und führten das rote Volksbegehren durch.

Das sind eine ganze Reihe von Aufgaben, vor die unsere Parteiorganisation zwangsläufig gestellt wurde. Organisatorisch können wir mit den Erfolgen jedoch keineswegs zufrieden sein.

„Jedes Mitglied ist verantwortlich für die Partei und die Partei für jedes Mitglied." (Lenin.)

6265 Aufnahmen im 4. Quartal

Diese Ziffer entspricht nicht einmal ganz der uns vom Zentralkomitee im Rahmen des „Aufgebots der Hunderttausend" gestellten Aufgabe. Wir müssen diese Tatsache in aller Oeffentlichkeit unterstreichen, da sie zum Ausdruck bringt, daß unsere Parteieinheiten noch immer nicht verstehen, die Arbeiten miteinander zu verbinden und in den großen Kampagnen auch gleichzeitig für die organisatorische Stärkung der Partei Sorge zu tragen.

Die Entwicklung im Verhältnis zum Soll steht in den einzelnen Monaten und Unterbezirken wie folgt aus:

UB.	Oktober Soll	Oktober Haben	Oktober %	November Soll	November Haben	November %	Dezember Soll	Dezember Haben	Dezember %	Gesamt Quartal Soll	Gesamt Quartal Haben	Gesamt Quartal %
I	[illegible]	[illegible]	[illegible]	150	132	88	80	95	119	400	345	86
II	[illegible]	[illegible]	[illegible]	500	466	93	250	252	98	1250	1161	94
III	[illegible]	[illegible]	[illegible]	200	199	75	100	14	14	500	324	75
IV	[illegible]	[illegible]	[illegible]	150	87	58	65	45	60	400	255	74
V	[illegible]	[illegible]	[illegible]	500	512	103	250	334	134	1250	1345	108
VI	[illegible]	[illegible]	[illegible]	500	508	102	250	280	82	1250	1151	92
VII	[illegible]	[illegible]	[illegible]	300	418	136	150	204	136	750	783	107
VIII	[illegible]	[illegible]	[illegible]	200	169	84	100	93	93	500	413	84
IX	[illegible]	[illegible]	[illegible]	200	133	58	100	53	41	500	408	84
	[illegible]	2173	89	2500	2160	87	1400	1332	95	7000	6265	90

Was sagt uns diese Aufstellung?

1. Daß wir nur 90 Prozent von dem uns gestellten Soll erreicht haben;
2. daß der Unterbezirk Plauen ein außerordentlich schlechtes Ergebnis hat und absolut hinter dem Unterbezirk Schwarzenberg zurückbleibt;
3. daß die Unterbezirke Freiberg, Schwarzenberg und Bautzen weit unter dem gestellten Soll bleiben;
4. daß die Unterbezirke Dresden und Chemnitz das Soll ebenfalls nicht erreicht haben;
5. daß die Unterbezirke Leipzig und Zwickau es geschafft haben.

An Stelle einer Polemik stellen wir nur die Frage, warum es das, was in den beiden letzten Unterbezirken möglich war, nicht in allen Unterbezirken möglich?

Pflichtvergessene Ortsgruppen

Woran liegt es, daß unsere Aufnahmebewegung nicht noch besser ist? Wir glauben, in erster Linie daran, daß unsere Partei nicht überall vorwärts marschiert. Es gibt eine ganze Reihe von Ortsgruppen, die stagnieren und sogar solche, die zurückgehen. Würde unser Vormarsch ein gleichmäßiger sein, dann könnten wir unsere Mitgliedschaft im Bezirk auf einen Schlag verdoppeln. Die Vernachlässigung der Werbearbeit kommt am krassesten darin zum Ausdruck, daß eine ganze Reihe von Ortsgruppen im gesamten 4. Quartal keine einzige Aufnahme zu verzeichnen hatten. Weil wir nicht glauben können, daß in diesen Orten schlechtere Voraussetzungen sind als in den übrigen, halten wir es für unsere Pflicht, diese Ortsgruppen einmal in aller Oeffentlichkeit bekanntzugeben. Es handelt sich um folgende Ortsgruppen:

UB. Bautzen: Kleinpraga, Purschwitz, Puschkau, Schönbrunn, Neschwitz, Weifa, Neukirch, Oppach, Taubenheim, Eibau, Lückendorf, Waltersdorf, Obercunnersdorf, Friedersdorf, Neibersdorf, Markersdorf, Olbis, Wittgendorf b. Zittau, Kleinschönau.

UB. Dresden: Kleinröhrsdorf, Sausdorf, Ottendorf b. Sebnitz, Lichtenhain, [illegible], Schönbach, Rehfeld, [illegible], Ottendorf b. Pirna, Langenwolmsdorf, [illegible], Mühlbach-Häslich, Wahlen, Wildsdorf, Türchau, [illegible], Wilsdruff, Pollendorf, Tanneberg, Obernaundorf, [illegible], Marienberg, Kreischa, Oberbach, Schwarza, Possendorf, Bärnsdorf, [illegible], Hackendorf, Marzdorf, [illegible], Peterwitz, [illegible], Kaufbach, Pollendorf, Giera.

UB. Riesa: Röderau, Gröditz.

UB. Freiberg: Schönerstadt, Lauterbach, Gahlenz, Niederlangenau, Kleinstein, Hörndorf, [illegible], Mittelsaida, Lippersdorf, Berthelsdorf, Großhartmannsdorf, Rechenberg, Tiefenau, Colmnitz.

UB. Leipzig: Grünhain, Groitzsch, Rückmarsdorf, Stahmeln, Gundorf-Burghausen, Döbeln, Audenhain, Beucha, Zwenkau, Flößberg, Steinbach, Ostrau, Bad Lausick, Zschadrass, [illegible], Naunhof, Eilenburg, Steinbach, Otterwisch, Bad Lausick, Königsfeld, [illegible].

UB. Chemnitz: Frankenberg, Falkenau, Falkenhain, Reichenbach, Braunsdorf, Mittelbach, Gersdorf, Grumbach, Mühlbach, Garnsdorf, Waldkirchen, Großolbersdorf, Schloßchemnitz, Jahnsbach, Herbersdorf, Gornsdorf, Fraueller, Wahlen, Stein, [illegible], Kothensdorf, Dittersdorf, Markersdorf.

UB. Zwickau: Schedewitz, Neuaue, Kleinlauterbach, Neumark, Stöcken, Trünzig, Langenbernsdorf, Wernsdorf, Cottenberg, Weißbach, Wildenfels, Leutersdorf, Kupferbetrieb, Marienau, Reichenbach, Ortmannsdorf, Schocken.

UB. Schwarzenberg: Antonshöhe, [illegible], Crandorf, Breitenbrunn, Mittweida-Markersbach, Schwarzenberg, Schönfeld, Neundorf, Großpöhla.

UB. Plauen: Mühltroff, [illegible], Ruppertsgrün, Elsterberg, Weißensand, [illegible], Tannenbergsthal, Unterlauterbach, Mechelgrün, Marieney, Gutenfürst, Unterlosa, Unter- und Oberlosa, Taltitz, Brotenfeld.

29 neue Ortsgruppen

Neu gegründet wurden folgende neue Ortsgruppen gemeldet: Schmorkau, Zschornau, Wilthen, Bernsdorf, Cunnersdorf, Niederoderwitz, Kleinlomnitz, Weißbach, [illegible], Gersdorf, Reichenbach, [illegible], Ralbitz, Wittgensdorf, [illegible], [illegible], Wittichenau, [illegible], Neukirch, [illegible], Lauchhammer, Brauendorf, Pommritz, Grünhain, Leubnitz, Neuhausen i. E.

Wenn wir bedenken, daß wir in der Volksbegehrenskampagne in 2782 Orten des Bezirks Einzeichnungslisten versandten mußten und nur in einem ganz geringen Prozentsatz von Orten keine Listen auslagen (die Bezirksleitung ist im Besitz von 2782 amtlichen Empfangsbestätigungen), dann haben wir noch vieles aufzuholen. Die Listen wurden nicht mit der Post versandt (halt, doch, die Unterbezirksleitung Chemnitz hat sich bei 41 Orten die Arbeit „erleichtert" und die Listen per Einschreibebrief hingeschickt, damit nur ja kein Kommunist in diese Orte kommt). In allen anderen Orten sind die Genossen Instrukteure oder deren Mitarbeiter persönlich eingestiegen. Im Verhältnis zu dieser großen Anzahl Orte müssen wir sagen, daß unsere organisatorischen Ergebnisse äußerst mager sind.

Der Genosse Instrukteur 9/16 charakterisiert die Vernachlässigung der Landarbeit sehr treffend. Er schreibt:

„Ein Genosse meines Ortes brachte vor wenigen Tagen seine Frau in ein Plauener Privatsanatorium. Dort ist ein gewisser Dr. Oertel als Arzt tätig. Derselbe erkennt unseren Genossen wieder von früher her, als dieser noch aktiver Nazi-(SA-)Mann war. Sie kommen ins Gespräch. (Der Genosse ist vor ziemlich anderthalb Jahren wegen ‚sozialistischer Tendenzen' bei der NSDAP nach siebenjähriger Mitgliedschaft rausgeflogen. Er war Diskussionsreferent, d. h. nicht in öffentlichen Versammlungen, sondern in ‚Sprechabenden', wie sie von uns als Diskussionsabende abgehalten werden sollten.) Im Verlaufe des Gespräches kamen sie auch auf die Bauern und deren konservative Einstellung zu sprechen, wo dann der Dr. Oertel sagte: ‚Ja, das Land, das ist unsere Macht und unser Stolz! Das lassen wir uns auch nicht nehmen.' Es fällt ihnen verhältnismäßig leicht, denn unsere Genossen gehen ja nicht raus. Es sind nur wenige, die Landarbeit machen."

Jawohl, es kommt auf die systematische Bearbeitung des Landes an. Die fieberhaften Anstrengungen des „Angriff" haben gezeigt, daß die Nazis unsere Arbeit auf dem Lande fürchten. Im laufenden Quartal müssen wir alles daransetzen, um aus den vielen hundert Orten, die wir haben, feste Positionen und Ortsgruppen zu schaffen.

Alles in allem. Wir haben Erfolge, ja teilweise gute Erfolge in der Werbearbeit zu verzeichnen. Mit dem Ergebnis derselben können wir uns aber keineswegs zufrieden geben.

Verbesserung des Kassiererapparates

In früheren Monaten hatten wir immer eine äußerst starke Differenz zwischen Aufnahmebewegung und Abrechnung. Im letzten Quartal hat sich das etwas geändert. Aber auch hier können wir keineswegs zufrieden sein. Die Erfolge entsprechen nicht den Anstrengungen, die die Bezirksleitung gemacht hat. Wir erleben noch immer, daß unsere Materialien (Sondernummer des „Bolschewik": „Kampf der Fluktuation") tatsächlich nicht in die untersten Organisationseinheiten kommen. Sicherlich können wir unsere Parteiarbeit nicht endgültig von der kassenmäßigen Erfassung der Mitgliedschaft aus beurteilen. Entscheidend ist die politische Arbeit, die Verbesserung des Funktionärkaders usw.

Immerhin aber bringt eine gleichmäßige Aufwärtsentwicklung unserer kassenmäßig erfaßten Mitgliedschaft den Erfolg unserer politischen Arbeit zum Ausdruck. Die unteren Organisationseinheiten, die ihre Mitgliedschaft noch nicht einmal zum Beitragskassieren erfassen, werden sicherlich auch nichts tun, um dieselbe in den Zellen zusammenzuholen, sie politisch zu schulen und zu aktivisieren.

Die Entwicklung im Verhältnis zu dem uns vom ZK gestellten Soll steht in den einzelnen Unterbezirken und den einzelnen Monaten in Prozenten ausgedrückt wie folgt aus:

	Oktober	November	Dezember
I	88	101	96
II	106	98	97
III	125	109	95
IV	107	102	100
V	109	96	111
VI	102	103	98
VII	114	107	94
VIII	111	113	119
IX	100	93	74
	106	101	101

Es war uns also möglich, in allen drei Monaten des Quartals das uns vom Zentralkomitee gestellte Soll zu erreichen, d. h. wir haben in diesem Vierteljahr unsere abgerechnete Mitgliedschaft um rund 7000 erhöht.

Die Entwicklung ist in den einzelnen Unterbezirken wiederum nicht gleichmäßig. An der Spitze marschiert der Unterbezirk Schwarzenberg, der das ihm gestellte Soll mit 19 Prozent überschritten hat. Der Unterbezirk Leipzig hat das Soll um 11 Prozent überschritten und Freiberg hat genau 100 Prozent. Die Unterbezirke Chemnitz, Zwickau, Dresden und Bautzen haben das gestellte Soll nahezu erreicht. Nur der Unterbezirk Riesa, der im vorausgegangenen Quartal außerordentlich gut abgeschnitten hat, bleibt mit 20 Prozent hinter der Realisierung des gestellten Solls zurück und der Unterbezirk Plauen bleibt selbst noch hinter Riesa zurück.

Nach der Monatsabrechnung für Dezember zählt Plauen zu den schwächsten Unterbezirken, obwohl dieser Unterbezirk nach unserer Auffassung an vierter Stelle marschieren müßte. Die Organisationseinheiten in diesen Unterbezirken müssen den Stand der Arbeiten ernstlich überprüfen, müssen alles tun, um das Versäumte nachzuholen. Das Soll für den Unterbezirk wird von Monat zu Monat gesteigert. Hier hilft also kein einfaches Aufholen der restierenden Beiträge, hier muß vielmehr von Monat zu Monat eine Entwicklung in der Mitgliederbewegung einsetzen. Die Unterbezirke, die hier zurückbleiben, werden durch die außerordentlich günstige Entwicklung in anderen Unterbezirken übertannt und können organisatorisch und politisch ihren Aufgaben nicht nachkommen.

Säumige Ortsgruppen

Da wir mit unserer kritischen Betrachtung mitten in den Abrechnungstermin für die Ortsgruppen hereinfallen, können wir schlecht eine Beurteilung über die Abrechnung im Dezember vornehmen. (Bei der Bezirkskasse setzt sich die monatliche Abrechnung zusammen aus den im Verlauf des Monats eingehenden Monatsabrechnungen, ohne Rücksicht darauf, für welchen Monat die Abrechnung ist.) Wir werden im „Bolschewik" feststellen, welche Ortsgruppen nicht pünktlich zum angegebenen Termin die Dezemberabrechnung eingesandt haben.

An dieser Stelle wollen wir nur die großen Bummelanten aufführen. Dieselben tragen nämlich mit Schuld daran, daß wir das uns gestellte Soll nicht noch weiter überholt haben. Wir wollen einmal alle Ortsgruppen aufführen, die noch für zurückliegende Monate die Abrechnung einzuschicken haben.

Ortsgruppen, die erst bis mit Juli abgerechnet haben und solche, die noch weiter zurück sind

UB. Bautzen: Neschwitz, Waltersdorf, Weifa.
UB. Dresden: Obernaundorf, Niedersdorf, Dürrröhrsdorf, Altenberg, Moritzburg.
UB. Riesa: Röderau.
UB. Freiberg: Niederlauterstein, Oberneuschönberg.
UB. Leipzig: Goldengrund, Naunhof, Püchau, Ramsdorf, Steinbach b. Borna, Wolfen.
UB. Chemnitz: Stein-Chemnitztal.
UB. Zwickau: Zaupenberg.
UB. Schwarzenberg: Großpöhla-Bermsgrün.
UB. Plauen: Elsterberg, Oelsnitz, Mühltroff, Hauslau, Arbesgrün.

Ortsgruppen, die erst bis mit August abgerechnet haben

UB. Bautzen: Eibau, Kleinpraga.
UB. Dresden: Bertsdorf, Krummhermsdorf, Wilsdruff, Helfersdorf.
UB. Freiberg: Großhartmannsdorf.
UB. Chemnitz: Dittersdorf.
UB. Schwarzenberg: Hundshübel.
UB. Plauen: Mißlareuth.

Ortsgruppen, die erst bis mit September abgerechnet haben

UB. Bautzen: Neukirch, Neibersdorf, Steinigtwolmsdorf.
UB. Dresden: Schönau b. Kamenz.
UB. Riesa: Mohlis, Strehla, Oberrauschütz.
UB. Leipzig: Crostewitz, Machern, Pomßen, Dürrs.
UB. Chemnitz: Mühlbach.
UB. Zwickau: Wildenfels-Härtensdorf.
UB. Schwarzenberg: Oberschlema, Schönfeld.
UB. Plauen: Klingenthal, Netzschkau.

Ortsgruppen, die erst bis mit Oktober abgerechnet haben

UB. Bautzen: Großpostwitz, Stenitz, Kirschau, Wittichenaugsdorf, Olbis, Pulsnitz, Schmölln, Weißenberg.
UB. Dresden: Kreischaschönfeld, Burkhardswalde, Cossebaude, Hainitz, Hermsdorf, Hintersdorf, Hintersdorf, Kleinsidir, Lichtenhain, Ottendorf b. Sebnitz, Sebnitz, Tharandt, Kreischa, Wilsdruff, Kleinnaundorf, Herlitzwalde, Lockwitz, [illegible].
UB. Riesa: Gröditz, Zeithain, Kreinitzhalbehrenberg, Leuben b. Riesa.
UB. Freiberg: Kühnau, Olbernhau, Lippersdorf.
UB. Leipzig: Wurzen, Wiederitzsch, Zwenkau, [illegible].
UB. Chemnitz: Frankenberg, Grüna, Niederwiesa, Jahnsdorf.
UB. Zwickau: Stadtzell, Marienthal, Hohndorf, Schönbach, Lichtentanne, Oelsnitz, Ziegelheim, Thum.
UB. Schwarzenberg: Grünhain, Oberwiesenthal, Zschorlau, Schneeberg, Schönheide, Wiesa.
UB. Plauen: Marieney, Remtengrün, Ruppertsgrün.

Funktionäre und Mitglieder aus diesen Ortsgruppen! Schaut euch eure Ortsgruppenkassierer an und prüft nach, warum die Abrechnung nicht getätigt wurde.

Wir fragen die Polleiter, Revisoren usw. aus diesen Ortsgruppen: Was habt ihr in der Aufräumungswoche vom 28. 12. 1931 bis 3. 1. 1932 gemacht? Habt ihr revidiert? Wir glauben nicht! Dann hättet ihr nämlich feststellen müssen, daß in eurer Ortsgruppe nicht alles in Ordnung ist.

Setzt sofort nach. Holt Versäumtes nach, denn das heißt in diesem Falle unsere organisatorische Basis wesentlich verbessern.

Alle aufgeführten Ortsgruppen müssen alles daran setzen, um im laufenden Vierteljahr das Versäumte nachzuholen, damit sie am 1. April in der Reihe derjenigen Ortsgruppen marschieren, die das gestellte Soll für die Zeit vom 1. April 1931 bis 1. April 1932

Steigerung um 150 Prozent

erreicht haben.

(Fortsetzung folgt.)

A | Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Groß-Dresden | A

Dresden-A.

Für jeden Beruf und Zweck **Neustadt**-Schuhe

Lederausschnitt und sämtliche Bedarfsartikel preiswert und gut nur bei
Alfred Hackel, Falkenstraße Nr. 10

Sechser-Kneipe / Poppitz Nr. 13
Arbeiterverkehrslokal

MARGARINE!
von Fettstoffs Werken ist die beste

Residenz-Buffet und Konditorei
Seestraße 7 / Filialen: Waisenhaus- und Wilsdruffer Straße

Wurst-Scherber
FLEISCH WURST BUTTER EIER
Unsere Verkaufsstellen:
Dresden-Löbtau Kesselsdorfer Str.
Dresden-Neustadt Alaunstraße 28
Antonshalle Stand 270-72
Neustädter Halle Stand 8-10
Neustädter Halle Stand 146-47
MOLKEREI-ERZEUGNISSE QUALITÄTSWAREN ZU BILLIGSTEN PREISEN

CENTRAL-THEATER TUNNEL
Waisenhausstraße / Dresdens populärste Kleinkunstbühne / Das Kabarett der Komiker / Täglich 20.00 Uhr

Tischler- und Polster-Möbel Hesse
Dresden-A. 1, Rosenstraße 45 (Nähe Ammonstraße)
Eig. Werkstätten / Teilzahlung / Bei Barzahlung 10% Rab.

Radio-Grohmann Reitbahnstr.

Bruno Helbig
Dürerstraße, Ecke Behlefeldstraße
Feine Fleisch- und Wurstwaren

Franz Görner / Holbeinpl.
Feinste Fleisch- u. Wurstwaren

Schmidt's Markthalle
Dürerstraße 2

Feinbäckerei
Bruno Schlieder, Dürerstraße

E.H.O. Röhrhofsgasse
Schnell-Schuh-Reparatur

Es geht um Ihre Gesundheit!
Darum kaufen Sie Leibbinden, Bandagen, Krampfaderstrümpfe, Plattfußeinlagen u. Sanitätsartikel nur im Fachgeschäft:
Dresdner Orthopädische Werkstätten G. m. b. H.
nur Ferdinandplatz 1

GÖRLITZER
für die Ware 6% Rückgewähr in bar
Lebensmittel, Feinkost, Wein, Spirituosen, Tabakerzeugnisse, Kohlen
GÖRLITZER
„BEVORZUGTE EINKAUFSSTÄTTE ALLER BERUFSSCHICHTEN"

Zum Rheinländer
Maternistraße 3 / Fernsprecher 23998
Arbeiterverkehrslokal

Stoff-, Strick- und Weißwaren kauft Ihr bei
Otto Kiehling, Rt. Plauensche Straße 42

Moritz Richter
Josephinenstraße 5
Herren- und Damen-Friseursalon
Spezialität: Bubikopfpflege

Wurstfabrik Harm Renz Nachfg.
nur noch Scheffelstraße 28
Prima Fleisch- u. Wurstwaren

Zigarren, Zigaretten, Tabake nur
Maternistr. 12, Kurt Lindner

„Georgenbad"
Sämtliche Kurbäder
Moritzstr. 18, Ecke Gewandhausstr.

Landhaus Drogerie
Das Fachgeschäft in Farben, Lacken, Heilkräutern
nur Landhausstraße 15

Alle freiverkäuflichen Kräuter
kauft man in bester Qualität bei
C. G. Klepperbein
Frauenstraße 9

Reserviert 20

Carstensen
Pillnitzer Straße 5
Schneiderei-Artikel
Strümpfe — Handschuhe

Drogen-Spezialhaus Kräutergewölbe
Farben, Lacke, Pinsel usw.
Spaltehoz & Bley
Pillnitzer Straße 20

Schön, billig Haar in Rinnenwasch. u.
allen Kopfwaschen
Radeberger Haarverfrisch
Nur Moritzstr. 8

Kauft bei unseren Inserenten!

Reserviert 211

Seidenstoffe, Bänder, Krawatten, Tücher
Seidenhaus Carl Schneider
Altmarkt 8

Hartigs Drogerien
Rosenstraße 24 u. 47 / Fernruf 15154
Vorteilhafte Einkaufsquelle

Raucht „OSTEN" Zigaretten
„Osten-Stern" 3½ Pf.
„Osten-Ural" ... 5 Pf.
OSTEN ZIGARETTE

Das echte Kulmbach. Bierhaus
Alt-Gaßmeyer
die führende bayrische Bierstube
Dresden, nur Schloßstraße 21
Direkte Bierkeller-Kühlung, keine Flaschenbiere
Besitzer H. Weide

Offenbacher Lederwaren
Vertriebsgesellschaft m. b. H.
Größtes Spezial-Geschäft Dresdens!
Amalienstraße 24 / Alaunstraße 58 / Kesselsdorfer Straße 28

Lebensmittel / Otto Bürger
Zinzendorfstraße 55, Ecke Pirnaische Straße
Zweiggeschäfte: Hötzschenbroda, Hauptstraße 6
Ottendorf-Okrilla, Rathausstraße 2

Deutsche Herrenmoden
Webergasse 26 nur gegenüb. d. Bärenschänke
Herren-Anzüge -Mäntel -Hosen zu spottbilligen Preisen

Manufaktur- und Modewaren
Gebr. Hoffe & Co.
Spezialabteilung: Damenhüte
Freiberger Platz 20/24

Tuchhaus
Pörschel
Dresden-A. Scheffelstr. 21 Ruf 13725
Herren- Damen- Futter- **Stoffe** in größter Auswahl
Billard-, Tuft-, Stickerei- u. Besatztuche, Skistoffe

Berufskleidung aller Art
Große Brüdergasse 43, II. **A. Altus**

Die neue **Wäscherei**, Maternistraße 3
Elektrische Wäscherolle 50 Pfennig pro Stunde

Achtung! Billigste Einkaufsquelle!
1. Dresdner Hosenzentrale
30 Annenstraße **30** (nur neben dem Kino)
Hosen, Berufskleidung, Winterjoppen, Windjacken, Ski-Anzüge

Restaurant und Café
Stadt-Café am Zwinger
Bekannt gut Mittagtisch, reichh. Abendkarte, edle Biere. Fernruf 72814

Feinbäckerei Erich Laudel
Dresden-A., Johannesstraße 8

Kolonialwaren, Lebensmittelhdlg., Delikatessen
Meta Willenberg, Zahnstraße 21

Prima Fleisch- u. Wurstwaren
Max Auerbach
An der Frauenkirche 17

Fabrik-Reste
Kesselsdorfer Str. 4
Webergasse 1

Inserieren bringt Erfolg!

Wo kaufen die Werktätigen **ihre Möbel?**
Beim bekannten
Briesnitzer Möbel-Richter
Gustav Richter, Tischlermeister, Amalienstraße 12

Kauft Damenhüte nur bei
F. Eckstein
Ringstraße Nr. 78
Hinterhaus, Ecke Hauptstraße, Eingang im Hausflur nur Zur Linie, eigene Fabrikation, billige Preise. Nur Eingang Zur Linie achten.

Damenhüte und Putzartikel
kauft man gut u. preiswert bei
H. Löwenstein, Johannstraße 2b

Restaurant Krug
Verkehrslokal der Werktätigen
Mathildenstraße 16

Beleihung
aller Art Gegenstände und Waren auch Leihamt-Pfandscheine
Leihhaus Ziegelstraße 14, I
WALTER WAHL ● Telefon 10795

Noch immer billigste Bezugsquelle für
Fahrräder Zubehör Reparaturen
Schmelzer GMBH Ziegelstr. 19

Fisch- u. Delikatessenhandl. Köhle's Nachf. D. Hirschnitz
Ziegelstraße 9

Emil Heyne, Friseur
Dresden-A., Pirnaische Straße 49
empfiehlt sich der Arbeiterschaft

Hermann Grube
Annenstraße 14, Annenstraße 5, Rosenstraße
Schokoladen- u. Zuckerwaren
en detail / en gros
Bekannt für billig und gut

Lebensmittelhaus M. Hoff
Kleine Plauensche Gasse

Fleisch- und Wurstwaren
Alfred Mann, Fleischermeister
Kleine Plauensche Gasse 18

Eure Besohlung an **Schuhe sind:**
Dresden-Altstadt: Marschallstraße
Dresden-Altstadt: Wetriner Straße
Dr.-Neustadt: Görlitzer Straße
Dresden-Altstadt: Großenhainer Str.
Weißeritz-Blasewitz: Residenzstr.
Dresdner Schnellbesohlungsanstalt

Ernst Küppe

Postplatz-Automat
empfohlen

Hotel Annenhof
Annenstraße 23-25
Nähe Hauptpost. Telefon
Preiswerte Gaststätte und Sehenswürdigkeit
Autogaragen und Kegelbahn

Reserviert 23

In jedes Haus Schokoladen von Clauß
SCHOKOLADEN-FABRIK Bruno Clauß
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen Dresdens, außerdem in Chemnitz / Freiberg / Meißen und Oederan / Dippoldiswalde